Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 1.—6. Oktbr. 25 Mill. Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 4,5 Mill. Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 6,5 Mill. Mark, auswärtige Grundpreis 150 Mk. mal Schlüsselzahl b. D.Z.V., Versamml.-, Arbeits- u. Wohnungsanzeig. 6 Mill. Mk., Reklamen 26 Mill. Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 229. Montag, 1. Oktober 1923. 30. Jahrgang.

Im Sonnengold der Reaktion.

Der bayrische Brandherd. — Hochverrat der Deutschnationalen. — Ausnahmezustand nur gegen links.

SPD. München, 29. September.

Am Freitag nachmittag wurde die sozialdemokratische Parteileitung von verschiedenen Seiten mindestens zehnmal davon verständigt, daß in der Nacht zum Sonnabend sowohl gegen die „Münchener Post" als auch gegen das Gewerkschaftshaus etwas unternommen würde. Von der Parteileitung wurde deshalb angeordnet, daß je eine 20 Mann starke Wache der S. A. das Eigentum der Arbeiterschaft schützen sollte. Abends gegen 8 Uhr durchrasselten Mannschaftsautomobile der Landespolizei die Stadt. Vier Lastautos stahlbehelmter Landespolizisten, begleitet von einem Panzerwagen, fuhren zum Gewerkschaftshaus. Die Polizisten und eine Anzahl Kriminalbeamten durchsuchten im Auftrage des Generalstaatskommissars das Haus und die anwesenden S.-A.-Leute nach Waffen. Die Leibesvisitation bei den einzelnen Wachleuten und die Durchsuchung des Hauses hatte keinerlei Ergebnis. Als die Lastwagen und das Panzerauto vom Gewerkschaftshaus abrückten, fuhr in einem Abstand von etwa 100 Metern Hitler in seinem Kraftwagen nach. Das war vielleicht nur ein „Zufall". Hierauf fuhren die Lastwagen und das Panzerauto zum Gebäude der „Münchener Post". **Schwere Maschinengewehre wurden aufgestellt und gegen das Haus gerichtet, die Straßen wurden abgesperrt.** Dann ging es an die Durchsuchung des Hauses. Ergebnis: in einem abgeschlossenen Zimmer wurden 40 Infanteriegewehre, 2 leichte Maschinengewehre und eine Anzahl Handgranaten beschlagnahmt. Einigen Leuten, auch solchen mit Waffenscheinen, wurden Handfeuerwaffen abgenommen. Genosse Auer ging hierauf zur Polizei und gab eine entsprechende Erklärung ab. Damit war die Aktion für den Abend abgeschlossen. Die Polizei begründet ihr Vorgehen mit der Behauptung, daß die Zusammenstöße der letzten Zeit zwischen S.-A.-Leuten und den Sturmtrupps Hitler jeweils von den ersteren veranlaßt worden seien. Wie es um diese Behauptung steht, ist bekannt.

Das ganze Vorgehen des Generalstaatskommissars hat um so mehr Erregung in der Arbeiterschaft hervorgerufen, als bis jetzt nichts davon bekannt geworden ist, daß in derselben Weise auch **gegen die schwerbewaffneten Sturmtruppen des „Kampfbundes"** vorgegangen wurde.

Ein neues Moment dieser politischen Situation ist durch das Reichsverbot des „Völkischen Beobachter" geschaffen. Von morgens 9 Uhr ab fanden deshalb im Generalstaatskommissariat zwischen Kahr und Lossow Besprechungen statt. Bei der zuständigen amtlichen Stelle im Ministerium herrschte um die Mittagsstunde die Auffassung, daß das Verbot des „Völkischen Beobachters" rücksichtslos durchgeführt werde. Währenddessen wurden aber auf dem Generalstaatskommissariat ganz andere Entschlüsse gefaßt, durch die blitzartig die gesamte Oeffentlichkeit von der Richtung der Politik des bayrischen Ausnahmezustandes aufgeklärt wurde. Diese Beschlüsse haben folgenden Wortlaut:

1. **Die sogenannten Schutzabteilungen der sozialdemokratischen Partei (S. A.) sind auf Befehl des Generalstaatskommissars von heute ab verboten.**
2. **Die Vollzugsverordnung für das Republikschutzgesetz für Bayern ist außer Kraft gesetzt.**
3. **Der Generalstaatskommissar hat sich durch die ebenso bösartigen wie unwahren Angriffe des „Völkisch. Beobachters" noch nicht veranlaßt gefühlt, das Blatt zu verbieten, hat aber den verantwortlichen Redakteur auf das Generalstaatskommissariat entbieten lassen, um ihm zu eröffnen, daß der geringste Versuch, mit hinterhältiger Politik der Herabsetzung der Aufgaben und Absichten des Generalstaatskommissars fortzusetzen, rücksichtslos bestraft werde."**

Die Auflösung der S. A. bestätigt von neuem, daß gegen die freiorganisierte Arbeiterschaft anders vorgegangen wird, als gegen die übrigen Richtungen.

Nach neueren Meldungen hat der Generalstaatskommissar für Bayern, v. Kahr, sich entschlossen, das Verbot des „Völkischen Beobachters" durch den Reichswehrminister auf acht Tage von Montag bis zum übernächsten Montag durchzuführen.

*

Alles ruhig!

SPD. München, 30. September. (Abends 7 Uhr. Eig. Drahtber.)

In München herrscht völlige Sonntagsruhe. Nicht deshalb, weil Hitler und ein Teil seiner Anhänger in Nordbayern auf Agitation weilen, sondern weil die Bevölkerung heute so ziemlich jeden Glauben an einen Umsturz verloren hat. Der nationalistische Spießbürger weiß, daß jetzt „zuverlässig rechts" regiert wird, und das genügt ihm. Welchen legalen Terror gegen alle linksstehenden Schichten das Kahr-Regime aufzurichten gedenkt, welche Folgen das hat, darüber macht man sich im allgemeinen wenig Sorge. General Lossow enthält sich jeder Einmischung in diese Art Kompetenzen und trifft nur eine Entscheidung für den Fall, daß der Generalstaatskommissar von ihm Reichswehr anfordern würde. Da dies bis jetzt noch nicht geschehen ist, erwartet der General Lossow weitere entsprechende Direktiven vom Reichswehrminister.

Während für das bürgerliche Spießertum die National-Revolution-Romantik verflogen ist, ist die **Arbeiterschaft und ihre Organisation** sich wohl bewußt, daß ihr **schwere Kämpfe bevorstehen.** Noch am Sonnabend-Spätnachmittag trat eine für solche Fälle bestehende Kommission zusammen. Allgemein kam dabei zum Ausdruck, daß durch die letzten Schritte des Generalkommissars die Situation für die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften vollständig geklärt sei und daß es nunmehr hart auf hart gehe. Zunächst wurde beschlossen, sofort eine Abordnung nach Berlin zu senden, bestehend aus den Genossen Auer, Unterleitner und Schiefer.

Fort mit den Republikanern!

WTB. München, 29. September.

Laut „München-Augsburger Abendzeitung" hat der Generalstaatskommissar Dr. von Kahr dem Bürgermeister Luppe in Nürnberg die Polizeigewalt in der Stadt entzogen und sie dem Staatskommissar von Nürnberg-Fürth, Oberregierungsrat Gareis übertragen.

Bayern beschlagnahmt Reichsgeld.

SPD. Nürnberg, 30. September. (Eig. Drahtber.)

Im Auftrage der Reichsbankzentralstelle Berlin sollten am Sonnabend die in der Nürnberger Reichsbankfiliale aufbewahrten 160 Millionen Goldmark nach Berlin transportiert werden. Inzwischen war der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe seiner Stellung als Polizeichef enthoben und der Staatskommissar Gareis mit dieser Funktion beauftragt worden. Sein erstes Verdienst für das widerrechtliche System Kahr war die Verhinderung des für Berlin bestimmten Goldmarktransportes. — Politische Rücksichten lagen dem Abtransport nicht zugrunde.

Rechtsradikale Verschwörer.

Der rechtsradikale Bund Schwarz-Weiß-Rot versendet an seine Anhänger und die rechtsstehende Presse vertrauliche Informationen über die politische Lage vom Standpunkt der Rechtsputschisten aus. In der sechsten Woche der Regierung Stresemann klärt er seine Getreuen über „Das entscheidende Stadium der Krise" auf. Alle innerpolitischen Krisen und alle außenpolitischen Mißerfolge" wurzeln für diese Schwarzweißroten in dem fundamentalen Unterschied, daß Stresemann mit der Sozialdemokratie zusammenarbeitet, während für diese engstirnige Gesellschaft natürlich nur die „nationalen" Kreise regierungsfähig sind. Wie einst der Zusammenbruch des Heeres, so ist jetzt „die Kapitulation beschlossene Sache für die Sozialisten" gewesen.

Mit welch tiefem Einblick in die Dinge diese Berliner Informationsquelle ihre Gefolgschaft im Reiche unterrichtet, das erkennt man schaudernd aus der sonstigen Beurteilung der Regierung Stresemann und Cuno. Da wird den Leuten weiß gemacht, daß Cuno deshalb gestürzt worden sei, weil er und sein Kabinett entschlossen gewesen wären, aus dem passiven in den aktiven Widerstand überzugehen. Aber auch Stresemann wird dieser Widersinn angedichtet. Auch er hoffe offenbar, sich letzten Endes an die Spitze der nationalen Bewegung und des Widerstandes gegen Frankreich zu setzen, und, wenn nötig, die kriegerische Lösung des Konfliktes leiten zu können. Für die „nationale Bewegung und nationale Opposition" sei das von Stresemann unerträglich, was von Cuno als eine Tat angesehen worden wäre: „den Bruch mit Frankreich und die eventuelle kriegerische Lösung folgerichtig zu Ende zu bringen". Fort deshalb mit Stresemannscher Verständigungspolitik!" **„Jetzt muß ganze Arbeit gemacht werden und mit dem System von 1918 gründlich und endgültig gebrochen werden"**, ist deshalb der Rat. Also auf zur Diktatur, die einzig und allein wie in Spanien nur von der Wehrmacht errichtet werden könne. Das Kabinett des Diktators müßte aus „Persönlichkeiten" zusammengesetzt werden, „die unbedingt und sicher für die kriegerische Lösung des Ruhrkonfliktes sich einsetzen."

Der hochverräterische Aufruf schließt:

Als Folgen der „Kapitulation" stellt dieser Informationsbericht kaltschnäuzig den Bürgerkrieg hin. Kaltblütig opfert man aber auch die deutsche Bevölkerung dem machtpolitischen Idol. Krieg gegen das eigne Volk und Krieg gegen Frankreich ist die einzige Losung dieser Militaristen; wie sie ihn durchführen wollen, bereitet ihnen keine schlaflose Nacht, die Hauptsache ist für sie, daß er heraufbeschworen wird.

Seid bereit! Der Tag ist nicht mehr fern, an dem alle pazifistischen internationalen Verständigungsillusionen unter der Gewalt der Tatsachen zerfließen werden. Dann ist die Stunde der nationalen Regierung da, die mit starkem Willen, komme, was da wolle, den Weg des Rechtes gehen wird.

Dollar 250 000 000.

Schafft Recht!

Als die bayrische Regierung am Donnerstag abend beschloß, den Ausnahmezustand zu verhängen, mit dessen Durchführung Herr von Kahr betraut wurde, und noch in derselben Nacht das schleunigst zusammengeeilte Reichskabinett das militärische Ausnahmerecht über ganz Deutschland verhängte, konnte niemand im unklaren darüber sein, daß wir hier einen Vorgang erlebten, der am besten in die Worte gekleidet wird: Ausnahmezustand gegen Ausnahmezustand. Rechtlich betrachtet, war das Mandat Herrn Kahrs mit dem vom Reichspräsidenten verhängten Ausnahmezustand und der Uebergabe der vollziehenden Gewalt an den Reichswehrminister erledigt. Was aber sehen wir statt dessen? Herr Geßler ist zwar nach der Verordnung der Inhaber der polizeilichen Gewalt, aber in Bayern regiert Herr von Kahr trotz der klaren Bestimmungen der Reichsverfassung und der Ernennung des Generals von Lossow zum vollziehenden Gewalthaber. Er tut, was er will, benutzt seine widerrechtliche Stellung, um der Monarchie Vorspanndienste zu leisten, während in Sachsen der zuständige Wehrkreiskommandeur so handelt, als sei der Ausnahmezustand gegen den sächsischen Freistaat gerichtet. Hier werden Versammlungen linksgerichteter Parteien verboten, dagegen gestattet man den nationalistischen Unfug der Rechten, im Süden verfährt man entgegengesetzt, entwaffnet die republikanischen Verbände und entzieht ehrlichen Republikanern die Polizeigewalt, um sie den Monarchisten auszuhändigen. Es fehlte nur noch, daß auch in den anderen Reichsgebieten der Ausnahmezustand sich ausschließlich gegen links wendet. Das ist nicht der Fall und wir erkennen deshalb gerne an, daß die von dem Reichswehrminister mit der vollziehenden Gewalt betrauten Wehrkreiskommandeure genau nach ihren Anordnungen verfahren sind und dadurch die beste Gewähr für Ruhe und Ordnung mitgeschaffen haben.

Die gegenwärtigen Zustände in Sachsen und Bayern sind unhaltbar. Sie so umzugestalten, daß allen Bevölkerungsschichten gleiches Recht zuteil wird, ist dringende Pflicht der Reichsregierung. Sie sollte nicht vergessen, daß die einseitige Handhabung des Ausnahmerechtes in einzelnen Landesteilen auch dort die Ruhe und Ordnung zu stören vermag, wo bisher noch Friede und Eintracht herrschte und die vollziehenden Gewalthaber sich lediglich mit der öffentlichen Erwartung einführten, daß Ruhe und Ordnung auch weiterhin aufrecht erhalten bleiben. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist besonders innerhalb der Arbeiterschaft groß und es ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich bereits jetzt auch in den Massen, die von einem Ausnahmezustand bisher nichts gespürt haben, durch das Empfinden eines Unrechts gegenüber ihren Klassengenossen in Sachsen und Bayern gewisse Mißstimmungen geltend machen. Soweit die Entwicklung der Verhältnisse in Sachsen hierzu beigetragen hat, kann die Reichsregierung Abhilfe schaffen, indem sie den Kommandeur des 4. Wehrkreises anweist, mehr als Psychologe zu handeln und sich nicht dem Glauben hinzugeben, daß Ruhe und Ordnung allein durch Anordnungen in echt militärischem Tone gesichert werden. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig und wir verlangen deshalb, daß gegen rechts genau so verfahren wird, wie gegen links. Es ist weiterhin aber nur selbstverständlich, daß im übrigen die sächsischen Genossen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung das notwendige beitragen. Leider haben sie in der letzten Zeit gerade den Kommunisten allzuviel freie Hand gelassen und ihnen damit mehr als einmal Gelegenheit geboten, das Recht zu mißbrauchen. Wir verkennen nicht, daß die Plünderungen in einzelnen sächsischen Gebieten größtenteils in der Not ihren Ursprung haben, aber beigetragen hat auch der Mangel an Disziplin, der die kommunistische Partei auszeichnet.

Wesentlich anders als in Sachsen liegen die Verhältnisse in Bayern. Im sächsischen Freistaat vermag die Reichsregierung auch heute noch ihren direkten Einfluß geltend zu machen, während sie dazu in dem Lande der „Ordnung" vorläufig außerstande ist. Hier herrscht die Rechtlosigkeit, die Diktatur eines einzelnen gegen die Republik, deren Verfassung und Gesetze verworfen werden, deren Geld aber auch in Bayern nicht stinkt und deren wirtschaftliche Produkte man auch dort trotz aller Antipathie gern benutzt. Wir haben schon in den letzten Tagen darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung aus rein verfassungsrechtlichen Gründen sich diesen Zustand nicht länger gefallen lassen kann. Der Satz der Verfassung: „Reichsrecht bricht Landesrecht" weist ihr den zu beschreitenden Weg. Dabei verkennen wir keineswegs die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. Wir wissen, daß eine machtpolitische Auseinandersetzung kaum möglich ist, und selbst, wenn sie möglich wäre, gegenwärtig aus außenpolitischen Gründen solange vermieden werden müßte, als die anderen Mittel, die zum Ziele führen könnten, restlos erschöpft sind. Dieser Auffassung sind auch unsere bayrischen Genossen, deren Führer am Sonntag in Berlin weilten. Auch sie wollen keinen Kampf aller gegen alle und sind gegen die Anwendung wirtschaftlicher Druckmittel, solange

sie nicht unbedingt notwendig sind. Aber diese Zurückhaltung aus Vernunft und aus Interesse am Reich schließt ein sofortiges Handeln auf diplomatischem Wege nicht aus. Die Reichsregierung muß jetzt endlich dem bayrischen Ministerrat mit der notwendigen Klarheit die bestehende Rechtslage unterbreiten und an ihn das Verlangen auf Aufhebung des speziell bayrischen Ausnahmezustandes richten. Die Antwort darf nicht unbefristet sein, weil wir aus dem gegenwärtigen Zustand schon der außenpolitischen Lage wegen herauskommen müssen. Ist die Antwort ungenügend, dann wird uns schließlich nichts anderes übrig bleiben, als den Kampf um die Republik auszutragen, den die Monarchisten seit Jahr und Tag von Bayern aus vorbereitet haben! Die deutsche Arbeiterschaft als wirtschaftliche Macht wird in diesem Kampf ihren Mann stehen!

Poincares Antwort.

TU. Paris, 30. September.

Poincaré führte in seiner angekündigten Rede im Walde von Ailly u. a. aus:

Wir werden nicht eher aufhören, die Forderungen Frankreichs immer wieder zu betonen und an die Vernunft der Völker zu appellieren, bis wir bezahlt worden sind. Welche Freude wäre es für uns, schweigen zu können nachdem Deutschland uns verstanden hat. Aber es hat in den letzten Tagen Beweise geliefert, daß es uns noch immer nicht versteht. Es hat allerdings in einem wichtigen Punkt sich vor der Wahrheit beugen müssen und hat erklärt, daß es gezwungen sei, den Widerstand im Ruhrgebiet einstellen zu müssen. Wenn es angesichts dieser so peinlichen Wendung unter Mißbilligung der beteiligten Bevölkerung seinen Rückzug mit einem Scheinfeuer zu decken versucht, so ist das menschlich begreiflich. Aber wozu Prahlereien, Drohungen und Blitze, die nicht einschlagen.

Poincaré verteidigte sodann die rechtswidrige Besetzung und fuhr fort:

Die Berliner Regierung hat der Welt ein wenig lärmend verkündet, daß sie den organisierten Widerstand im Ruhrgebiet ein Ende machen werde. Sie konnte nicht anders, sie war in der Tat nicht mehr imstande, diesen Widerstand zu bezahlen, und sie wußte, daß sie Gefahr liefe, die lokale Bevölkerung vom Reich zu trennen. Aber die sauersüße Verkündung ihres Nachgebens ist noch nichts, auf die Ausführung kommt es an. Wir erwarten die Handlungen Deutschlands. Es hat darauf verzichtet, uns Bedingungen zu stellen. Das ist gut. Aber es ist stets seine Sache, uns zu zeigen, daß es tatsächlich geneigt ist, uns in den besetzten Gebieten die Verwertung der ergriffenen Pfänder zu erleichtern, wenn es von uns verlangt, daß wir unsere Maßnahmen, soweit wir sie nicht entweder für unsere Sicherheiten oder für die Bezahlung der Reparationen für notwendig halten, zurücknehmen. Wenn sie die geheimen Gedanken hat, als Entgelt für ihre ausgesprochene Resignation von uns Vorteile zu erhalten, so ist damit noch kein Schritt vorwärts getan. Der Moment ist also nicht gekommen, wo wir unsere Ausgabe als beendet ansehen können. Die Arbeit von morgen ist noch schwieriger, als die wir bereits geleistet haben.

Die verpuffte Sonderbundsaktion.

Blutiges Ende. — 10 Schutzleute getötet.

TU. Düsseldorf, 1. Oktober.

Die Stadt bot am gestrigen Sonntag ein gänzlich verändertes Bild. Alle Straßen waren wie ausgestorben. Nur einzelne Offiziere der Besatzungstruppen und Zivilpersonen, die unverkennbar als Ortsfremde anzusehen waren, zeigten sich auf den Straßen. Jeder Straßenbahnverkehr ruhte. Alle Wirtschaften und Gaststätten waren den ganzen Tag über geschlossen. Düsseldorf folgte dadurch in einmütiger Geschlossenheit einem von den Gewerkschaften und sämtlichen politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten erlassenen Aufruf, der die Bevölkerung aufgefordert hatte, ab 1 Uhr mittags die Straßen zu meiden, um nicht in den Verdacht zu kommen, Rheinlandbündler zu sein. Der Aufruf verlangte einen toten Sonntag als den Ausdruck der Ablehnung der Bestrebungen der Sonderbündler. Dieses Ziel ist völlig gelungen. Die Stadt verharrte gestern den Hochverrätern gegenüber in schweigsamer, aber eherner Abwehr. Auf dem Düsseldorfer Hauptbahnhof, den die Regie notdürftig in Betrieb hält, sammelten sich die aus dem ganzen besetzten Gebiet zusammengeholten Anhänger der rheinischen Republik. Die Regie hatte die den französischen Plänen nur wünschenswert erscheinende Bewegung durch Einlegung von etwa 30 Sonderzügen unterstützt. Die Demonstration selbst fand auf den Hindenburgswall statt, wo gegen 2½ Uhr der separatistische Selbstschutz in Stärke von vielleicht 2000 Mann aufzog und vor dem Theater Aufstellung nahm. Erst kurz nach 4 Uhr traf der Demonstrationszug, der nach zuverlässigen Schätzungen etwa rund 50 000 Personen zählte, ein. Eine besondere Rolle spielten bei dem Aufmarsch der sogenannte Selbstschutz, der fast ausschließlich aus jüngeren Leuten bestand und von vielen Ober- und Unterführern mit scharfen militärischen Kommandos dirigiert wurde.

Man war fest entschlossen, dem hochverräterischen Treiben den stärksten Widerstand entgegenzusetzen. Statt der angekündigten Reden gab es nur mehrere Hochrufe auf die rheinische Republik und die Rufe Nieder! gegen ihre Gegner. Unmittelbar darauf kam es dann zu einer **Schießerei mit der Schutzpolizei.**

Darüber wird gemeldet: Nachdem es schon während des Aufmarsches der Sonderbündler mehrfach zu kleineren Zusammenstößen gekommen war, fielen unmittelbar, als die Sonderbündler vor dem Theater Aufstellung genommen und die ersten Hochrufe auf die rheinische Republik ausgebracht hatten, mehrere Schüsse gegen die vor dem nahegelegenen Polizeipräsidium postierende grüne Schutzpolizei. Diese erwiderten das Feuer, und es kam nunmehr zu einer lebhaften Schießerei. Die versammelten Sonderbündler und auch die wenigen Schaulustigen, die sich eingefunden hatten, flogen auseinander, sodaß der Platz vor dem Theater bald vollständig gesäubert war. Die Schutzpolizeileute schossen zunächst in die Luft. Als aber einer ihrer Kollegen von einer Kugel getroffen niederstürzt, feuerten sie in die Menge. Inzwischen hatten sich die Führer der Sonderbündler an die Franzosen gewandt. In kurzer Zeit traf französische Kavallerie mit Panzerwagen ein.

Wie der „Montagmorgen" gestern in später Nachtstunde erfährt, sind bei den blutigen Unruhen **10 Schutzpolizeibeamte ums Leben gekommen.**

In Köln veranstalteten die Parteien eine große öffentliche Kundgebung; in der erneut ein Treugelöbnis für die deutsche Republik abgegeben wurde.

Aufhebung der Verkehrssperre in Essen.

TU. Essen, den 1. Oktober. Die über Essen verhängte Verkehrssperre ist gestern aufgehoben worden.

Die Reparationsleistungen.

Der Reichsminister für Wiederaufbau hat am 28. September 1923 die Bekanntmachung vom 13. Januar 1923 über Einstellung der Reparationsleistungen im freien Verkehr an Frankreich und Belgien, R. G. Bl. Teil 2, Seite 40, aufgehoben.

Gegen Kartoffel- und Kohlenmangel.

Die vier gewerkschaftlichen Spitzenverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben am 29. September an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet, in Verbindung mit den Vertretern der Gewerkschaften eine großzügige Hilfs- und Kreditaktion für die Beschaffung von Kartoffeln und Kohlen für den Winter einzuleiten.

Weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung und der Schichten, die sich in der gleichen wirtschaftlichen Notlage befinden, sind ohne das Eingreifen des Reichs dem Hunger und der Kälte preisgegeben. Vor allem die Massen der Kurzarbeiter und Arbeitslosen, die Empfänger von Sozial-, Kriegsbeschädigten- und Wohlfahrtsrenten. Die Löhne der in Arbeit Stehenden reichen gleichfalls nicht aus, die Aufwendungen für die Wintermonate bestreiten zu können. Zur Steuerung dieses Elends und der mit ihm verbundenen schweren innerpolitischen Gefahren schlagen die Gewerkschaften vor, allen Arbeitnehmern, Renten- und Unterstützungsempfängern, die Anspruch auf Belieferung erheben, eine der Kopfzahl ihrer Familien entsprechende Menge von Kartoffeln und Kohlen auf dem Wege eines Kredits zur Verfügung zu stellen. Der Bezug soll auf Bezugschein erfolgen, die für die Lohn- und Gehaltsempfänger von den Arbeitgebern, für die Unterstützungs- und Rentenempfänger von den Gemeinden auszustellen sind. Die zur Belieferung erforderlichen Mengen sollen vom Erzeuger gegen Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln erworben werden. Die Rückzahlung der vorgestreckten Summen wäre durch entsprechende ratenweise Abzüge vom Lohn oder Gehalt, sowie durch Verrechnung auf die Renten und Unterstützungen zu leisten. Der Bezug könnte entweder bei den Händlern oder in besonderen Ausgabestellen erfolgen.

Neue Steuerentwürfe.

Das Reichsfinanzministerium arbeitet an einer Reihe von Steuergesetzen, welche die bestehenden Steuern für das Reich ergiebiger machen sollen. So soll insbesondere das System der wertbeständigen Steuern ausgebaut und u. a. auf die Vermögenssteuer, die Kapitalverkehrssteuer ausgedehnt werden, die Umsatzsteuer soll auf 2½ erhöht werden. Auch eine Vereinfachung des Steuerverfahrens ist vorgesehen.

Der Ertrag der Vermögenssteuer wurde bisher wesentlich herabgemindert durch Ausführungs- und Bewertungsvorschriften, welche dem Besitz sehr günstig waren. Das soll jetzt geändert werden, indem man das Vermögen in Goldmark berechnet und dementsprechend die Steuer bemißt. Dadurch wird auch die Vermögenssteuer wertbeständig In gleicher Weise soll die Erbschaftssteuer ausgestaltet werden. Die Kapitalverkehrssteuer soll ebenfalls derart abgeändert werden, daß dem Staat daraus Nachteile infolge der Geldentwertung nicht mehr entstehen können. Auf die Börsenzulassung und den Börsenbesuch soll eine neue Steuer gelegt werden, die für jede Zulassung pro Person 500 Goldmark und für jeden angefangenen Monat des Börsenbesuchs 100 Goldmark beträgt. Alle Steuern, die nach dem 31. Dezember fällig werden, sollen nach dem Entwurf in Gold geleistet werden. Die Steuern und die Geldstrafen auf Steuerhinterziehung werden der Geldentwertung automatisch angepaßt.

Die Entwürfe stellen also, abgesehen von der Umsatzsteuer, Versuche dar, den Steuerbetrug der Besitzenden wirksam zu bekämpfen.

Skandalöse Preisfestsetzung.

In welchem Maße die Preise für reine Inlandsprodukte auf Grund der Devisenhausse durch die Industrie in die Höhe getrieben werden, geht aus einer Eingabe hervor, die der **Reichsverband deutscher Feinkostkaufleute in Gemeinschaft mit der Hamburger Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine** an den Reichswirtschaftsminister gerichtet hat. In dieser Eingabe wird die Grundkalkulation der Konservenindustrie bestritten, z. B. ist der Preis für Kaiserschoten heute doppelt so hoch als im Frieden, trotzdem sich die Löhne weit unter dem Stande der Vorkriegszeit bewegen. Zu diesen übersetzten Grundpreisen rechnet die Konservenindustrie die tägliche Geldentwertung nach dem Dollarstande, trotzdem es sich um reine Inlandsprodukte handelt. Dagegen hält sie, wenn die Devisen schlechter werden, an den Dollarhöchstpreisen fest. Durch eine solche Preisberechnung kommen die Fabrikanten zu Preisen, die durch nichts gerechtfertigt sind. Unter Zugrundelegung der seit dem 20. September festgestellten Indexziffern dürfte beispielsweise eine Kilo-Dose Kaiserschoten ab Fabrik nur 35 Millionen Mark kosten. Der Preis beträgt aber in Wirklichkeit 100 Millionen Mark. Das Verfahren der Konservenindustrie ist einfach skandalös und ein Beispiel dafür, wie die Not des Volkes ausgebeutet wird. Die Eingabe der genannten Verbände macht der Konservenindustrie weiter den Vorwurf, daß sie mit der Ware zurückhält, um möglichst hohe Preise zu erzielen. Es ist ratsam, daß der Reichswirtschaftsminister die Kalkulationsmethode der Konservenindustrie einer eingehenden Prüfung unterzieht.

Volk und Bücherei.

Die Aufgaben der öffentlichen Bücherhalle im Rahmen unseres staatlichen Büchereiwesens.

Namens der Büchereiverwaltung mitgeteilt von Dr. M. Torssen.

Nachdem die Oeffentliche Bücherhalle in das staatliche Büchereiwesen eingegliedert ist, wird sie im Rahmen dieser Gesamtorganisation ihre Eigenart als die Volksbücherei für das Stadtgebiet klar herausarbeiten können. Jetzt, wo die Bücher der gesamten öffentlichen staatlichen Bibliotheken in planmäßiger Zusammenarbeit aller berufenen Kräfte von einer Stelle aus beschafft werden, wird es möglich sein, dabei die besonderen Aufgaben und Arbeitsbezirke jeder der drei Büchereien deutlicher als bisher auseinander zu halten. So rechtfertigt sich nach der Vereinigung der Bibliotheksverwaltungen heute eine kurze Umreißung der spezifischen Aufgaben des Bücherhallenzweiges innerhalb unserer gesamten Büchereiorganisation.

Das weiteste und wichtigste Wirkungsgebiet der volkstümlichen Bücherei liegt in der Vermittlung der sogenannten schönen Literatur an ein Publikum, das häufig ohne bestimmte literarische Wünsche und Maßstäbe an das Buch und die Bücherei herantritt, ja, das vielfach von dem Buch in der Hauptsache eine angenehme Ausfüllung müßiger Stunden erwartet. Belletristik bildet also von jeher den größten Bestandteil jeder Volksbücherei. Nun kann es aber nicht der Sinn und das Ziel einer Kultureinrichtung sein, das primitivste Unterhaltungs- und Sensationsbedürfnis eines ungebildeten Geschmacks zu befriedigen und dafür öffentliche Mittel bereitzustellen. Aufgabe der volkstümlichen Bücherei ist zu diesem Teile die Heranziehung und Führung zum Wertvollen und damit letzten Endes, wo immer eine Empfänglichkeit aufspürbar ist, die Hinleitung zur Dichtung, zu der aus künstlerischer Vision geborenen Erzählung, zum Erlebniswerk. Es gibt eine bedeutende Richtung des volkstümlichen Büchereiwesens, die jegliche Kompromisse in dieser Hinsicht verwirft, die von vornherein nur wertvolle Werke an ihr Publikum vermitteln will: die in der „Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen" organisierte Bewegung. Wie auch immer eine Bücherei sich zu diesen Grundsätzen stellt, so viel ist mindestens zu fordern: keine Bücherei — auch wenn sie nicht ihren Leserkreis und damit ihr Einflußgebiet von vornherein erheblich einschränken und deshalb auf literarisch nicht hochwertige Unterhaltungsschriften grundsätzlich völlig verzichten will — darf auf das Ziel verzichten, ohne das sich die ganze Arbeit überhaupt nicht lohnt: **denen, die zu ihr kommen, dazu zu verhelfen, daß sie ihre arbeitsfreie Zeit nicht „vertreiben", totschlagen, sondern sie mit erweitertem und erhöhtem Leben erfüllen; so daß ihnen daraus erwachsen: Stunden der Erhebung, der Erschütterung, der tiefen und innigen Freude, des leisen und beglückten Mitschwingens der Seele mit den allmenschlichen Schicksalen, die ihr aus dem Kunstwerk entgegentönen.**

Das Unterhaltungsbedürfnis kann nur ein Anknüpfungspunkt sein; die Aufgabe ist, von künstlerisch wertloser Unterhaltungsliteratur fortzuführen und den Weg freizumachen zu den Reichtümern wirklicher Dichtung, die die gute Bücherei darbietet.

Das andere Ziel der volkstümlichen Bücherei — nicht minder bedeutsam, wenn auch im allgemeinen von einem kleineren Leserkreis in Anspruch genommen — ist die Bereitstellung von Büchern, die **in gemeinverständlicher Form wissenschaftliche Probleme behandeln.** Sie will durch geeignete Auswahl und Darbietung solcher Werke mit dazu beitragen, Menschen, die in schlichter Tagesarbeit stehen, die nicht selbst wissenschaftlich arbeiten, **den Einblick zu öffnen in das Reich des forschenden Geistes, damit sie teilnehmen können an dem Ringen um die Fragen, die auch den nichtforschenden Menschen bewegen,** die Fragen nach dem Gesicht und der Beschaffenheit der Erde, auf der wir leben, nach den Gesetzen des Lebens in der um uns wachsenden und schaffenden Natur, nach dem Rhythmus der Weltenbewegung, nach dem Gang der menschlichen Geschichte und den Kräften, die das gesellschaftliche Sein formen, auf die große Frage nach dem letzten Sinn der Welt und des menschlichen Daseins. Weiß auch der Frager, daß menschliches Wissen auf keine dieser Fragen eine endgültige Antwort geben kann, so wünscht er doch zu hören, welche Antwort heute die Forschung gibt, wieviel des Erforschlichen erforscht ist, wie sich das Unerforschliche dem menschlichen Sinnen und Glauben heute darstellt. Auch das zu ermöglichen durch eine Bücherauswahl, die anderseits von streng wissenschaftlicher Spezialforschung konsequent absieht, ist der Sinn der modernen volkstümlichen Bücherei, die an ihrem bescheidenen Teil mit dazu beitragen will, daß die Wissenschaft der Verwirklichung ihres eigentlichen Wesens näherkommt: Erkenntnis des Menschen überhaupt, Selbstbewußtsein des menschlichen Geistes zu sein.

Wenn wir der Bücherhalle diese Ziele stecken, so können wir dabei auf vielem, was sie in früheren Zeiten begonnen hat, zum großen Teil fußen; Ausbau und Umbau des Vorhandenen, das wie alles, was Leben in sich hat, ständiger Umbildung fähig ist, erweisen sich dabei als selbstverständliche Notwendigkeit. In jahrelanger Arbeit ist ein Bücherbestand von beträchtlicher Reichhaltigkeit aufgebaut worden. Leider sind jedoch in den letzten Jahren vor der Verstaatlichung der Bücherhalle die Bücherbestände nicht in dem Maße, wie es eine mit der Zeit lebenden Volksbücherei erfordert, ergänzt worden. Es wird versucht werden, die unbedingt notwendigen Ergänzungen in so großem Umfang, wie es angesichts der Finanzlage irgend möglich sein wird, durchzuführen. Sie werden der Bücherei mit der Zeit in mancher Beziehung ein anderes Gepräge geben. Der Wunsch, auf dem Gebiete der schönen Literatur Zugeständnisse an tiefstehenden Geschmack möglichst einzuschränken, ein Verlangen, dem man hier bisher nur wenig glaubte nachgeben zu dürfen, ist heute, abgesehen von bildungspfleglichen Erfordernissen, schon durch äußere Verhältnisse zu einer zwingenden Forderung geworden. Gerade die unterhaltende Literatur wird im rapid steigenden Maße zerlesen; die Bücherbestände müssen in gleichem Umfange ergänzt werden, wenn nicht die Bücherei in wenigen Jahren aufgebraucht sein soll; und die finanzielle Lage, die besonders sorgfältige Qualitätsprüfung erfordert, führt ohnehin zu einer stärkeren Auswahl, die sich dann von selbst auf das literarisch Wertvolle richtet und richten muß. Damit ist eine Annäherung an die Qualitätsgrundsätze der „Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen" schon aus rein äußeren Gründen gegeben. Und die auf Qualität eingestellte Bücherauswahl geht ja auch mit dem wohlverstandenen Interesse der Leser Hand in Hand. In dieser Zeit, wo die Arbeit um die eigene und des Volkes Existenz alle Kräfte des Einzelnen in Anspruch nimmt, müßte es jedem ein Bedürfnis sein, jede Stunde des Tages, auch Mußestunden der Erholung, wirklich gewinnbringend auszufüllen, sie nicht an seichte, nichtssagende Unterhaltung zu verlieren.

Auf dem Gebiet der belehrenden Literatur wird sich das Gesicht der Bücherei an bestimmten Punkten ändern, an denen sich heute in den allgemeinen Anschauungen wesentliche Wandlungen deutlich fühlbar machen. So etwa in der Geschichte, die wohl uns allen durch das Miterleben weltgeschichtlicher Erschütterungen und Wandlungen nähergerückt ist, und damit ein unmittelbares Interesse gewonnen hat. Man wird bei Darstellungen der Geschichte, in der die bisher in den meisten volkstümlichen Bibliotheken übliche Auswahlpraxis fast ausschließlich Kriegs- und Diplomatengeschichte sah, künftighin der vertieften Erkenntnis von dem einheitlichen Zusammenhang aller historischen Lebenserscheinungen, wie sie vor allem durch die ökonomische Geschichtsauffassung angebahnt worden ist, Rechnung tragen. Man wird durch eine stärkere Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Literatur der erhöhten Bedeutung, die im allgemeinen Bewußtsein wirtschaftliche Triebkräfte gewonnen haben, der langsam sich stei-

Erfassung der Sachwerte! — Steuerreform!

Richtlinien des A. D. G. B.

Die Steuerkommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat dem Reichsfinanzministerium **Richtlinien und Vorschläge für eine allgemeine Finanzreform** vorgelegt. Um eine wirkliche Goldwährung zu schaffen und den Staatshaushalt und die Wirtschaft zu sanieren, soll ein Eingriff in die Substanz der Wirtschaft vorgenommen werden. Deshalb fordert die Steuerkommission die **unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgnissen der Volkswirtschaft und am sonstigen Besitz.** Die Leitsätze bieten dem Staat ferner rechtliche Handhaben, auf den Gang der Produktion unmittelbar einzuwirken, machen ihm zum Miteigentümer der Wirtschaft und geben ein fest umschriebenes Programm für die Erfassung der Sachwerte. Wörtlich heißt es dann weiter:

Alle Körperschaften, die auf Grund des Köperschaftssteuergesetzes (8. April 1922) der Körperschaftssteuer unterliegen, sollen bis zum 1. Oktober 1923 ihre Kapitalanteile um ein Drittel erhöhen. Dieses Drittel ist dem Reich abzutreten. Von jeder weiteren Erhöhung ist der vierte Teil an das Reich zu übertragen. Der Einfluß des Reiches soll einem Viertel der Beteiligungen unter Berücksichtigung aller Vorzugsrechte entsprechen.

Für alle Unternehmungen in Handel, Verkehr und Gewerbe mit über 100 Arbeitnehmern oder einem Anlage-Kapital von mehr als einer Million soll durch Reichsgesetz die Pflicht zur Körperschaftsbildung durchgeführt werden. Die anderen Betriebe müssen durch eine Reichsgewerbesteuer in Höhe von einem Viertel des Reinertrages erfaßt werden.

Aus inländisches Vermögen an Grundbesitz, soweit es eine bestimmte Grenze übersteigt, soll zugunsten des Reiches an erster Stelle eine Grundschuld in Höhe eines Viertels des von dem abgabepflichtigen Eigentümer angegebenen Wertes eingetragen werden. Den Wert hat der abgabepflichtige Eigentümer auf Grund eigener Einschätzung bis zum 1. Oktober 1923 dem Finanzamt mitzuteilen. Das Reich übernimmt auch ein Viertel der hypothekarischen Lasten, muß aber vor Verlusten durch Festsetzung einer Höchstgrenze gesichert werden. Der Zinsfuß der Grundschuld wird alljährlich vor dem 1. Oktober unter Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark durch Gesetz festgestellt.

Das Reich erhält das Recht, die bezeichneten Immobilien zu dem von dem Besitzer angegebenen Betrag abzüglich der Grundschuld, d. h. des ohnehin auf das Reich übertragenen Besitzanteils und zuzüglich eines Aufschlages von 20 Prozent zu übernehmen. Im ersten Jahr ohne Warnung, in den folgenden neun Jahren nur nach Weigerung des Besitzers seine Schätzung um mindestens 20 Prozent zu erhöhen.

Für die unter Zwangswirtschaft stehenden Miethäuser bedarf die Erhebung der Zinsen für die Grundschuld einer besonderen gesetzlichen Regelung. Abgabefrei sind nur die Länder, die Gemeinden, öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen und wirtschaftliche Verbände öffentlich-rechtlichen Charakters, die Anstalten der reichsgesetzlichen Versicherung, Hochschulen, Stiftungen von allgemeinem, gemeinnützigem Charakter, politische Vereine und Parteien.

Eine Neuregelung des Erbrechts wird für unbedingt erforderlich gehalten, um das Reich zum Miteigentümer an der verbleibenden Nachlaßmasse zu machen. Der Entwertung der Steuern durch die Markinflation soll dadurch begegnet werden, daß das Prinzip, rasch auswechselbare Einzelparagraphen der Steuergesetze bewußt und systematisch durchgebildet wird. Mehr als bisher soll die gesamte Steuergesetzgebung auf die Erfassung an der Quelle umgebaut werden. Insbesondere sei notwendig, daß die Ertragsbesteuerung der Landwirtschaft gründlich zeitgemäß organisiert wird. Die Steuerkommission schlägt daher vor, die Grundsteuer zu einem allgemeinen Regulator der Bodenbesitzverteilung dadurch auszugestalten, daß man diese Steuer mit der Größe und Fruchtbarkeit des Bodens ansteigen läßt. Voraussetzung für den gerechten Aufbau der Steuersätze bei dieser Steuer sei eine neue Grundsteuerbonitierung. die dringend gefordert werden müsse. Die Grundlage dieser Steuer muß die Selbsteinschätzung sein. Bei der quellenmäßigen Besteuerung des Verbrauchs soll der über den Normalbedarf hinausgehende Luxus und nicht der lebensnotwendige Massenkonsum an erster Stelle belastet werden. Bei der Besteuerung von Massenkonsumartikeln wird außerdem eine Unterstützung dahingehend gefordert, ob nicht das kaufmännische im Staatsinteresse geleitete Monopol einer komplizierten Steuererhebung vorzuziehen sei.

Eine wesentliche Forderung der vorgeschlagenen Steuerreform ist die Automatisierung des Steuereinganges. Bei kleinen und kleineren Steuerpflichtigen sollen die Veranlagungen wegfallen. Die Ablieferung von nicht beträchtlichen Einzelbeträgen müssen durch Marken, von großen Steuerbeträgen (Lohnsteuer in großen Betrieben, Umsatzsteuer) durch sofortige Scheckeinzahlung auf der Post oder im direkten Verkehr mit den Finanzämtern erfolgen. Zu erwägen bleibt, ob nicht die Betriebsräte für die pünktliche Ablieferung der einbehaltenen Lohn-, Umsatz- und sonstiger Steuern durch Kontrolle, Gegenzeichnung usw. interessiert werden können.

Für die Bezieher der größten Einkommen müßte nach englischem Muster zu der normalen Belastung des Einkommens an der Quelle noch ein Superal (Uebersteuer) als Zuschlag hinzutreten.

Die Steuerkommission erklärt es angesichts des geringen Ertrages einer großen Reihe von Steuern sowie der Unübersichtlichkeit der bestehenden Gesetze für unabweisbare Pflicht der Gesetzgebung, die Steuern organisch zusammenzulegen und zu vereinfachen. Mit der Vereinfachung des Steuersystems müsse eine Reform der Steuerverwaltung das für die Ausführung der Steuergesetze üblichen Verfahrens Hand in Hand gehen. Insbesondere sei die Möglichkeit der Abschwächung der Steuergesetzgebung, z. B. auf dem Gebiet der Zuwachssteuer und des Reichsnotopfers, zu verhindern.

Pläne für die „neue" Ordnung.

„Nationale" Polizeireformen. Kommunistische Disziplin!

Nicht nur im reaktionären Bayern, auch in anderen Teilen des Reiches, ganz besonders natürlich in Preußen, haben die Rechtsradikalen in der letzten Zeit fieberhaft hinter den Kulissen gearbeitet, um nach dem Putsch ihre Regierungsmaschine in Gang zu setzen. Dabei verkennen sie keineswegs die große Bedeutung, die der

Schutzpolizei

für den inneren Bestand des Staates zukommt. Wo die Polizei der Republik nicht durch und durch reaktionär verseppt ist, wie in Bayern, ist sie den Deutschvölkischen und Deutschnationalen ein besonderer Dorn im Auge. Eine Polizeigruppe zu schaffen, wie sie der Staat der Reaktion braucht, gehört daher zu den vorbereitenden Arbeiten der Staatszertrümmerer auf der Rechten. Für Preußen hat zu diesem Zweck augenscheinlich ein Fachmann, der den inneren Betrieb der Schupo genau kennen muß, bereits einen in alle Einzelheiten gehenden Entwurf ausgearbeitet, der den Titel trägt: **„Richtlinien für die Neuformierung der preußischen Polizei".** „Mit Uebernahme der Staatsgeschäfte durch die neue Regierung" — so heißt es in dem Entwurf — „geht bis zur Sicherstellung geordneter Verhältnisse die vollziehende Gewalt auf das Militär über. Die gesamte Polizei wird vorerst demselben unterstellt und unterliegt solange den Militärgesetzen, bis an Stelle der Schutzpolizei die „neue Landespolizei" gebildet ist. . . . Die preußische Schutzpolizei wird aufgelöst, da die Beamtenschaft derselben in ihrer augenblicklichen inneren Zusammensetzung unter den jede Disziplin zersetzenden Einflüssen der Polizeibeamtenverbände der neuen Regierung keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zur Wahrung der Staatsautorität bietet".

Für die Uebergangszeit „wird den örtlichen Militärbefehlshabern ein Aufsichtsrecht eingeräumt. Hierfür werden besonders energische, ältere aktive Offiziere den einzelnen Kommandeuren der bisherigen Schutzpolizeikörper vorläufig beigegeben, um die Unterstützung der Neuorganisation durch das Militär zu gewährleisten und die Aufrechterhaltung der Disziplin und die Durchführung der militärischen Maßnahmen zu verbürgen". . . . . „Alle widerstrebenden Beamten wären sofort zu entwaffnen, ihnen Ausrüstung, Uniform und Ausweise abzunehmen und ihnen jedes fernere Betreten der Kasernen, Polizeiunterkünfte, Reviere und anderer Diensträume strengstens zu verbieten. **Offener Widerstand wäre mit der Waffe durch das Militär zu brechen,** Aburteilung hätte durch das Kriegsgericht zu erfolgen" . . .

Und wie sieht die „Landespolizei" der Reaktion aus? Sie „setzt sich zusammen aus bisherigen Beamten der Polizei, soweit sich dieselben den neuen Bedingungen unterwerfen und für geeignet befunden werden, ferner aus neu einzustellenden, zuverlässigen Personen, die ausreichend militärisch ausgebildet sind. Verheiratete sind nicht einzustellen". Außerdem sollen die Angehörigen der „Landespolizei" nicht den Beamtencharakter erhalten, „statt dessen treten dieselben in ein besonderes Angestelltenverhältnis zum Staat. Volle Koalitionsfreiheit und gewerkschaftliche Organisation würde bei einer bewaffneten Macht, wie sie die Polizei verkörpert, die dauernde Bedrohung der Volksmehrheit durch eine bewaffnete Minderheit bedeuten. Aus diesen Gründen kann weder Koalitionsfreiheit noch Wahlberechtigung den Angehörigen der Polizei zugestanden werden."

In Bezug auf Disziplin, Strafgewalt, Versammlungsverbot, Vorgesetztenverhältnis usw. müßten die für das Reichsheer gültigen Bestimmungen, soweit sie sich auf die Unteroffiziere desselben beziehen, volle Gültigkeit haben. Besonders zu unterstreichen wäre, daß auf Grund eines Erlasses der bisherige Verband der Polizeibeamten resp. alle wirtschaftsähnlichen Verbände der Polizei wegen Gefährdung der Staatsautorität aufgelöst und jeder Versuch, solche Verbände unter anderem Namen oder in ähnlicher Form wiedererstehen zu lassen, schwere Strafen in sich schließt." Dafür müssen aber die Polizeimannschaften der Reaktion wie ehedem „alle Offiziere des Reichsheeres in Uniform" grüßen. — Die Volksbeglückung der Rechtsputschisten enthüllt sich in dieser Neuformierung der Polizei in ihrer ganzen unschuldsvollen Reinheit.

*

Aber auch die Kommunisten sind in der letzten Zeit nicht müßig gewesen, um eine Regierungsübernahme vorzubereiten. In den ersten Tagen des September hat in Berlin eine kommunistische Zentralausschuß-Sitzung stattgefunden, an der auch der Breslauer Bezirksleiter der KPD. teilgenommen hat. Nach seiner Rückkehr nach Breslau hat er folgende Richtlinien der KPD. bei einer Uebernahme der Regierung mitgeteilt:

1. Aufruf an die Bauernschaft zur freiwilligen Abgabe von Getreide und Lebensmitteln. (Das wird ein schönes Gelächter geben! Red.)
2. Versagt dieser Aufruf, werden bewaffnete Arbeitertruppen mit der Beschlagnahme der Lebensmittel beauftragt.
3. Verbot der gesamten Presse.
4. Die Parteiführer werden in erster Linie festgenommen.
5. Wird der neuen kommunistischen Regierung von irgendeiner Seite oder Person Widerstand entgegengesetzt, so erfolgt rücksichtslos die Todesstrafe.

Hierbei ist wörtlich folgender Ausspruch gefallen: „Es hat keinen Zweck, die Gefängnisse zu füllen, wer auf dem Friedhof liegt, rebelliert nicht mehr."

In Schlesien selbst fühlt man sich nicht stark genug, um selbst ein Unternehmen zu wagen. Man will sich daher damit begnügen, den Abtransport der Reichswehr und Schupo in andere Gegenden des Reiches zu verhindern und erhofft die Beglückung Schlesiens durch die „Rote Armee" hinterher.

Ein neues Einwanderungsgesetz in Amerika.

Washington, 29. September.

Das amerikanische Einwanderungskomitee arbeitet zurzeit ein neues Einwanderungsgesetz aus, das auf die Einwanderungsquote des Jahres 1890 basiert ist. Es sollen jährlich nach 2 % der im Jahre 1890 in den Vereinigten Staaten ansässigen Ausländer die Bewilligung zur Einwanderung erhalten. Durch die Zugrundelegung der Statistik vom Jahre 1890 soll erreicht werden, daß mehr Ausländer aus Mittel- und Nordeuropa nach Amerika übersideln als Russen und Angehörige der Balkanstaaten.

Vermischte Nachrichten.

Raubüberfälle auf Papiermilliarden. Am Freitag abend nach Ladenschluß drangen in das Fleischwarengeschäft Heiler in Charlottenburg, wo man mit der Kassenabrechnung beschäftigt war, fünf bis sechs Männer mit vorgehaltenem Revolver ein, raubten das auf dem Ladentisch liegende Papiergeld und fuhren unerkannt in einem Kraftwagen davon. Die anwesenden Angestellten und Kutscher sowie die Inhaberin wurden von den Räubern unter Bedrohung mit der Waffe eingeschlossen. Geraubt wurden an 100 Milliarden.

Eisenbahnunglücke. Von dem Frühzug Homburg v. d. Höhe—Frankfurt a. M., der über Friedberg geleitet wird, fiel Freitag morgen, kurz vor 6 Uhr, beim Umleiten auf dem Friedberger Bahnhof ein Personenwagen um. Zwei Personen wurden getötet, zwei schwer und sechs leicht verletzt. — Freitag abend entgleisten bei der Durchfahrt des von Kremmen kommenden Personenzuges 648 am Bahnhof Henningsdorff (Kreis Osthavelland) die Zuglokomotive und die fünf folgenden Personenwagen. Acht Personen — davon 3 aus Berlin und 5 aus den Vororten — erlitten Verletzungen. — **Eisenbahnunglück in Nordamerika.** Aus Casper (Wyoming) wird gemeldet: Bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Lochett () wurden 50 bis 100 Personen getötet. Der Eisenbahnzug war infolge **Zusammenbruchs einer Brücke** in einen reißenden Fluß gestürzt.

Ein Opfer jungdeutscher Schießerei. Aus Barmen berichtet das Wolffbureau. In der Nacht wurde der Führer der kommunistischen Jugend von einem Mitglied des Jungdeutschen Ordens erschossen. Die Kommunisten hatten sich vor dem Lokal, wo der Jungdeutsche Orden tagte, versammelt Als von ihnen ein Fenster eingeworfen wurde, fiel aus der Wirtschaft ein Schuß, der den Führer der kommunistischen Jugend tötete.

Vom Tode gerettet. Die unermüdliche Rettungsarbeit aus der schottischen Grube Redding bei Falkirk ist erfolgreich gewesen, indem noch fünf Männer lebend herausgebracht werden konnten. Die Arbeiten werden mit verstärktem Eifer fortgeführt.

---

gernden Achtung vor der Arbeit, dem wachsenden Wissen um die Würde des Schaffens, auch in seiner schlichtesten und unscheinbarsten Form, gerecht werden. Hier wird auch die bevorstehende Einreihung von Beständen der stillgelegten Genossenschaftsbibliothek der Gewerkschaften eine glückliche Ergänzung bilden; sie kann gleichzeitig dazu beitragen, die Wirtschafts- und Lebensanschauungen, die in der Welt der Arbeit erwachsen sind, auch anderen Kreisen stärker zur Kenntnis zu bringen und so vielleicht mit dahin wirken, daß die Mauer von Nichtwissen und Mißverständnissen, die sich zwischen den verschiedenen Schichten unseres Volkes aufgetürmt hat, langsam in etwas abgebaut wird. Den lebendigen Pulsschlag der Zeit gleichsam in ihren Bücherregalen widerhallen zu lassen, ist ja ein Bestreben der modernen Bibliothek. Die Büchereiverwaltung verfolgt aufmerksam den Büchermarkt, sie wünscht aber auch von ihren Lesern unterstützt zu werden, möglichst von allen Seiten. Ihre Bestimmung ist, auf Fragen Antworten zu vermitteln. Zahlreiche Fragen, vielseitige Ergänzungswünsche — die in einem Wunschbuch gesammelt und sorgfältig geprüft werden — können daher mit dazu beitragen, die Bücherei zu einem lebendigen Instrument der Vermittelung geistiger Werte ständig auszubilden.

Die Lebendigkeit und Wirksamkeit dieses Instrumentes hängt nun freilich nicht nur von dem Bücherbestand ab; er ist nur das Material. Realisiert werden die Werte der Volksbücherei erst in der Vermittlung der Bücher an die Menschen. Und für eine Vermittlungstätigkeit, die, soweit es möglich ist, das richtige und zweckdienlichste Buch dem richtigen Menschen in die Hand gibt, ist neben der geeigneten Schulung der beratenden Beamten die erste Voraussetzung ein gut funktionierender technischer Apparat. Der wichtigste Bestandteil eines solchen, das von der Leipziger Bewegung übernommene Buchkartensystem, das den Ausleihbeamten von rein mechanischer Arbeit wesentlich entlastet und für die geistige Tätigkeit der Vermittlung freimacht, ist vorhanden. Es wird jetzt noch ein Schritt weiter getan, um diesen Apparat zu ergänzen. Es werden an die Leser **Leihkarten ausgegeben, die dem Leser und der Bücherei eine Uebersicht über die bisherige Lektüre des Einzelnen** und dem Ausleih-Beamten **damit zugleich bessere Möglichkeiten der Beratung** geben. Voraussetzung für eine wirkliche Förderung ist freilich, daß **die Leser sich die Bücher, die sie lesen wollen, selbst aus der Bücherhalle holen,** daß sie nicht, wie es bisher vielfach üblich war, **Boten schicken.**

Man wird versuchen, die Beratungstätigkeit in der Ausleihe, die naturgemäß, besonders bei starkem Besuch, nur relativ knapp sein kann, durch andere Mittel zu unterstützen. Aus der belehrenden Literatur werden regelmäßig **Zusammenstellungen der besten, zur ersten Einführung geeigneten, oder zur Beschäftigung mit bestimmten Problemen reizenden Büchern** zur Auswahl aufgestellt. Es ist ferner damit begonnen worden, in den Listen und dem Kartenapparat der Neuerwerbungen durch kurze erläuternde Hinweise den Aussuchenden eine Vorstellung von der Art und dem Ziel des Buches zu geben, die sich aus dem bloßen Titel oft nicht erkennen lassen. Auch ist die Büchereiverwaltung nach Kräften bereit, dem Einzelnen, der einen Weg zu dem Bereich des Wissens sucht — und es gibt wohl für jeden, je nach seiner eigenen Berufsarbeit und der häufig damit zusammenhängenden Interessenrichtung einen besonderen Weg — diesen Weg finden zu helfen: in einer Sprechstunde können solche Fragen, die sich auf Zusammenstellung geeigneter Lektüre zu bestimmten Zwecken beziehen, vorgebracht und ruhiger und gründlicher als in der Ausleihe besprochen werden. Hier, und schon bei der Beratung am Leihschalter wird auch für Bücherhallenleser die Brücke zu den reichen wissenschaftlichen Schätzen der Stadtbibliothek besser gebaut werden als es früher geschah. — Um für die echte Dichtung jeder Art, die mehr und mehr an die Stelle der bloßen Unterhaltungsliteratur treten möge, ein weiter ausgedehntes Verständnis zu erwecken, und um viel zu wenig beachtete Dichter und Dichtungsarten solchen empfänglichen Herzen, die vielleicht nur ihre eigene Verständnis- und Aufnahmefähigkeit noch nicht kennen, nahe zu bringen, sollen möglichst in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule regelmäßige **Vorleseabende** eingerichtet werden, an denen eine Zusammenstellung gebundener und erzählender Dichtung, die einen Dichter charakterisiert oder ein Lebensgefühl, eine Weltanschauung verkörpert, lebendig gemacht wird. Aehnliche Abende, wie sie bisher in der Stadtbibliothek bereits in kleinerem Kreise mit gutem Erfolge gelegentlich veranstaltet wurden.

Die gesamte Kulturarbeit der Bücherei aber ist stets auf ein vertrauensvolles Mitarbeiten der Leser angewiesen. Es beginnt mit der sorgsamen Behandlung der Bücher und mit dem Verständnis für die wirtschaftlichen Erfordernisse der Bücherei, es besteht vor allem in der persönlichen Teilnahme jedes Einzelnen an der Ausleihe. Nur bei solchem Interesse der Leser an der Bücherhalle, die ja gewissermaßen ihnen gehört, ein für sie geschaffenes und erhaltenes Institut ist, kann sich auch eine Mitarbeit an ihrem weiteren Aufbau ergeben. Diese Mitarbeit wird dann aus der Bücherhalle auch wirklich immer mehr ein Gemeinschaftseigentum machen, das zusammengesetzt und geleitet ist im Sinne und nach den Wünschen seines Besitzers: des Volksstaates und der Gesamtheit der Leser.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Amtlicher Teil

Ausnahmezustand.

Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums, auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2.

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militär-Befehlshaber übertragen kann.

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiete der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen. (§ 3).

§ 3.

Die Weisungen des Militär-Befehlshabers an die Zivilverwaltung und Gemeindebehörden sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Bevölkerung sind, bevor sie ergehen, zur Kenntnis der Regierungskommissare zu bringen.

Allgemeine Vorschriften des Militär-Befehlshabers, die Beschränkungen nach § 1 enthalten, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Regierungskommissars, sofern ein solcher eingesetzt ist.

§ 4.

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichsministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft.

§ 5.

Die in den §§ 81 (Hochverrat), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueberschwemmungen), 315 Abs. 2 (Beschädigungen von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind.

Unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden; ebenso in den Fällen des § 125 Abs. 2 (Rädelsführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Abs. 2 (Rädelsführer und Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder im bewußten und gewollten Zusammentreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 6.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister für Justiz außerordentliche Gerichte auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 zu bilden. Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer den im § 5 dieser Verordnung aufgeführten Straftaten auch die Vergehen nach § 4 der vorliegenden Verordnung.

§ 7.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 26. September 1923.

Gegengezeichnet:

Der Reichspräsident Ebert. — **Der Reichskanzler** Dr. Stresemann.

Zusatz zu der Verordnung des Reichspräsidenten.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 übertrage ich die vollziehende Gewalt im Wehrkreis II dem Generalleutnant **von Tschischwitz** für den Bezirk des Wehrkreises.

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern ernenne ich zum Regierungs-Kommissar für den Bezirk des Wehrkreises II das Mitglied des Landtages Herrn **Hartwig**.

Berlin, den 27. September 1923.

Nr. 471 23 T. 1. III. **Der Reichswehrminister.**

Zusätze des Wehrkreises II.

1. Vorstehende Verordnung des Reichspräsidenten bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

2. Das Gebiet des Wehrkreises II umfaßt: Regierungsbezirk Schneidemühl, Landkreis Arnswalde, Provinz Pommern, Freistaat Mecklenburg-Schwerin, Freistaat Mecklenburg-Strelitz, Provinz Schleswig-Holstein, Oldenburgischer Bezirk Lübeck, Freistadt Hamburg und Freistadt Lübeck.

3. Ich fordere sämtliche Behörden und die gesamte ordnungsliebende Bevölkerung auf, mich in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung tatkräftig zu unterstützen.

4. Ich erwarte, daß den erlassenen Verordnungen der Reichsregierung und meinen Anordnungen in vollstem Umfange Folge geleistet wird. Gegen Verfehlungen werde ich unter vollster Anwendung und Einsatz der mir zur Verfügung stehenden gesetzlichen Machtmittel auf das schärfste einschreiten.

5. Ich erwarte, daß während des Ausnahmezustandes alles vermieden wird, was geeignet ist, die politischen Gegensätze zu verschärfen, die allgemeine Erregung zu steigern und damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden.

Stettin, den 27. September 1923.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt
v. Tschischwitz,
Generalleutnant.

Wehrkreiskommando II
Ic Nr. 1523 A. 3. (7071

Oeffentliche Verdingung

über die Ausführung von Zimmerarbeiten für den Neubau von Siedlungsdoppelhäusern an der Dorahstraße. Angebote sind bis zum **Freitag, den 5. Oktober 1923, mittags 12 Uhr** einzureichen. (7081

Lübeck, 1. Oktbr. 1923.

Das Bauamt,
Abt. Hochbau I.

Bekanntmachung.

Der Wert der Natural- und Sachbezüge für die Bemessung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 ab für die Bezirke der Finanzämter Lübeck und Eutin auf das Zehnfache der bisherigen Sätze festgesetzt. Diese Sätze gelten, bis weitere Bekanntmachung erfolgt. Es sind zu bewerten:

I. Volle freie Station (einschl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung):

a) für weibliche Hausangestellte
täglich 9 600 000.—, wöchentlich 67 200 000.—,
monatlich 288 000 000.— Mk.

b) für männliche Hausangestellte
täglich 12 800 000.—, wöchentlich 89 600 000.—,
monatlich 384 000 000.— Mk.

c) für Angestellte höherer Ordnung
täglich 16 000 000.—, wöchentl. 112 000 000.—,
monatlich 480 000 000.— Mk.

d) für die in der Großschiffahrt beschäftigten Kapitäne und im Offiziersrang stehenden Angestellten
täglich 19 200 000.—, wöchentl. 134 400 000.—,
monatlich 576 000 000.— Mk.

e) für alle übrigen in der Großschiffahrt beschäftigten Angestellten und Mannschaften
täglich 13 320 000.—, wöchentl. 93 240 000.—,
monatlich 399 600 000.— Mk.

Von vorstehenden Sätzen sind zu rechnen:
für Wohnung einschl. Heizung u. Beleucht. 1/6,
für volle Beköstigung allein 5/6,
für Mittagessen 3/6,
für Morgen- und Abendbeköstigung je . . 1/6.

Der Wert des Deputats wird später veröffentlicht. (7090

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck.
Abteilung für Besitz- u. Verkehrssteuern.

Nichtamtlicher Teil

Als Verlobte empfehlen sich: (7080
Minna Bünning
Otto Lütgens
Fackenburg, 30. 9. 23.

Sonnabend abend 10¾ Uhr entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit, nach einem arbeitsreichen Leben, mein herzensguter Mann und meiner Kinder guter Vater, der Zimmermann (7085
Wilhelm Schröder
im 62. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Bertha Schröder, geb. Spindler und Kinder.
Kortwitzstr. 50.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 3. Oktober, nachm. 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Guterhalt. Klappsportwagen u. Damenfahrrad billig zu verk. (7083 Pfaffenstr. 13, I.

48 Fenster, g. erh. 168×98 cm., angeschl. u. verglast bill. z. verk. Ang. m. Pr. u. C 324 a. d. E. (7079

Kl. ovaler Tisch u. Stummerdiener z. verk. Dorotheenstr. 15. (7074

Sitz- u. Liege-Wag. o. P. z. rk. od. geg. Blockwag. z. verr. (7075 Warendorpstr. 12 II, l.

Herr.-Rad m. od. ohne Bereif. z. kauf. ges. (7084 Ang. u. C 325 a. d. Exp.

Treibriemen zu kauf. ges. Ang. m. Pr. u. C 322 a. d. Exp. (7076

Gut erhalt. Tritt-Nähmaschine zu kaufen ges. Ang. unt. C 321 an die Exp. d. Bl. (7073

Wer stellt Horoskop Ang. unt. C 323 an die Exp. d. Bl. (7086

Hausschuhe aus alten Stoffen fertigt an (7085 **M. Schramm**, Sittenstr. 6, I

Sonnab. nach. a. d. Tracem. Landstr. e. kl. Dobermann-Pinscher-Hündin m. Steuerz. 62193 a. Herkunft. Wiederbr. hoh. Bel. Vor Ankauf w. gewarnt. 7082) Wickedestr. 8a, III.

Hündin zugelaufen. (7078 Sadowastraße 18.

Maulwurfs-Felle auch unabgezogen, frisch, sowie alle anderen Sorten **Felle** kauft zu den besten Tagespreisen **J. L. Würzburg** Wakenitz. 22a (7097

Stockelsdorf. Sprechstunden: (7069 ab 1. Okt. 2½—4 Uhr. **Dr. Kiel.**

Eimerbier Dienstag von 3—6 Uhr. 7061) **H. Bade.**

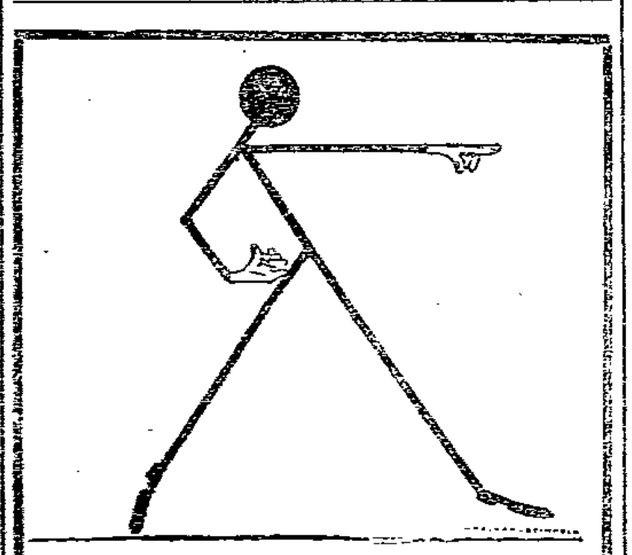
Der billige Verkauf von (7091 **Koks** auf der früheren Geniner Ziegelei hinter Lück wird **noch einige Tage** fortgesetzt.

Steppdecken Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann Breite Str. 31. Fernsp. 8659 (7062)

Anzeigen, die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten"** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten. Johannisstr. 46.

Ehlers & Roetwisch Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.
Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.
Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf. 1025a

Beitragsmarken für Vereine, Gewerkschaften fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung **Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.**



Sie sollen mich kennen lernen und weiter von mir hören. Ich wohne **50 Hüxstr. 50** Meine Telefon-Nr. ist **2873.** 13988a)

Visitenkarten werden in modernster Ausführung angefertigt bei **Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46**

Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H. (7072

Herbstkartoffelversorgung.

Soweit es in unseren Kräften steht, wollen wir auch in diesem Jahre unsere Mitglieder mit Kartoffeln versorgen. Wir bitten daher, den Bedarf in unseren Abgabestellen anzumelden. Soweit Belegschaften einzelner Werke ganze Ladungen zur Selbstentladung zu beziehen wünschen, hat die Anmeldung im Hauptkontor, Hansastr. 160, zu erfolgen. Anmeldungen, welche nach dem 6. Oktober eingehen, können vorläufig keine Berücksichtigung finden. Eine Verpflichtung zur Lieferung der angemeldeten Mengen kann nicht übernommen werden. Auch ist es nicht möglich, vorher einen Preis zu nennen. Wir bitten dringend, nicht mehr Kartoffeln aufzugeben, wie bei Lieferung bezahlt werden können. Abgabe erfolgt selbstverständlich nur an Mitglieder. **Der Vorstand.**

Prima Kernleder-Sohlen. 26 Beckergrube 26. (6918

Sie finden bei (6956 **Walter Griephan & Co.** Hüxstr. 74 **enorm billig:** Bettbezugstoffe, Inletts, Hemdentuche, Schürzenstoffe, Kleiderstoffe, Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Fledermaus 7070
Beginn der Winterspielzeit 1. Oktober 1923.
Ellen Ottag. Verwandlungs-Tänzerin
3 Brack's Exzentrik-Akrobaten,
Godrowna Mimische Tanz-Szenen
Charly Wittong? 2 Figinis Elegante Phlegmatiker
4 Lazulis Komisch-seriöser Drahtseil-Akt.
8 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Lübeck (7077
Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 2. Okt. abends 7½ Uhr bei **Lender**, Hundestr. 41.
Tagesordnung:
1. Bericht von den Bezirksverhandlungen.
2. Bericht vom Ortsausschuß.
3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. (7064
Versammlung sämtlicher Mitglieder am Dienstag, d. 2. Okt. abends 7½ Uhr, **im Gewerkschaftshaus.**
Die Ortsverwaltung.

Café Bernhardt Fackenburger Allee 9. Täglich nachm. 7008) u. abds.: **Konzert.**

Trocadero. Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags: **Stimmungs-Konzerte.** 7069

Hansa-Theater.
Täglich 7½ Uhr abends: Der große Lacherfolg **Der Gaukler-König.** 7080
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert mit **Henry Vahl** als Schmierendirektor Strudel.

Stadttheater Lübeck.
Dienstag, 7,30 Uhr: **Dyckerpotts Erben.**
Mittwoch, 7,30 Uhr: **Marquis v. Keith.**

Sinfonie- u. Stadttheater-Orchester.
Montag, 7 Uhr: (7068 **1. Sinfonie-Konzert**

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Montag, 1. Oktober 1923. Nummer 229.

Freistaat Lübeck.

Montag, 1. Oktober.

Das Schwert im Herzen.

Die Mütter, ein aufgestörter Haufen,
stürzten an der Kirche vorbei
zum Markt — von Krämerei zu Krämerei —
Nur kaufen! Rasch noch kaufen!

Sie harrten Stunde um Stunde,
doch die Teurung schwoll;
sie sprachen mit bitterem Munde:
Die Reichen haben alle Kästen voll!

Sie senkten die Köpfe und schwiegen,
die Kinder standen vor ihrem Gesicht —:
Mutter, können wir nichts zu essen kriegen?
Ihr Bälger, gebt Ruhe — jetzt nicht!

Sie gingen über den Markt nach Haus,
die Kirche stand wie in Flammen;
da blickten alle zusammen
wie auf einen Ruf ins Gotteshaus.

Drin brannten alle Kerzen
vor dem Bild der Mutter mit dem Schwert im Herzen.

Peter Scher (im „Simplizissimus").

Ein weiteres Opfer der Augusttage. Wie uns heute telephonisch mitgeteilt wird, ist am Sonntag vormittag ½11 Uhr der am 11. August bei der polizeilichen Schießerei schwer verletzte Karl Pahlke seinen Verwundungen erlegen. D. wurde mehrmals operiert und hatte große Schmerzen zu überstehen.

Die Höhe der Oktober-Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftssteuer. Der Reichsminister der Finanzen hat durch Verordnung vom 27. September 1923 die Höhe der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und Körperschaftssteuer neu festgesetzt. Danach haben die einkommensteuerpflichtigen Einzelpersonen am 5. Oktober 1923 das 30 000fache und die Körperschaften bei den nach dem 30. September 1923 fälligen Vorauszahlungen das 45 000fache des Grundbetrages der Vorauszahlungen zu zahlen. Hierzu tritt die Rhein-Ruhr-Abgabe; sie beträgt bei den Einzelpersonen das Doppelte der erhöhten Vorauszahlungen und bei den Erwerbsgesellschaften grundsätzlich die Hälfte der Körperschaftssteuer vervielfacht mit 45 000. Bei der Festsetzung der neuen Multiplikatoren ist dem Sinken der Kaufkraft der Papiermark seit der letzten Festsetzung im August Rechnung getragen worden, indem zur Berechnung der Durchschnitt des Dollarkurses, des Lebenshaltungsindex und des Großhandelsindex herangezogen wurde. Ließ die Finanzlage des Reiches es nicht zu, von der vollen Ausnutzung der Vorauszahlungen abzusehen, so ist doch der schwierigen Lage der Wirtschaft dadurch entgegengekommen worden, daß an der Vervierfachung rückständiger Zahlungen nicht festgehalten worden ist. Vielmehr hat der Reichsminister der Finanzen zugelassen, daß der Steuerschuldner den seiner Zahlungspflicht am 5. Oktober entsprechenden Goldmarkbetrag im Laufe des Monats Oktober zahlt. Für die Berechnung des Goldmarkbetrages am Fälligkeitstage (5. Oktober bei der Einkommensteuer) einerseits und des Papiermarkbetrages am Zahlungstage andererseits ist der für die Landabgabe jeden Mittwoch und Sonnabend festgesetzte und am darauffolgenden Tage veröffentlichte Umrechnungssatz maßgebend. Es wird erwartet, daß die Steuerpflichtigen trotz der Erstreckung ihrer Zahlungspflicht auf einen ganzen Monat dem dringenden Geldbedarf des Reiches durch möglichst baldige Zahlung Rechnung tragen. Dies liegt auch in ihrem eigenen Interesse, weil sie mit jeder Verzögerung das Risiko einer weiteren Markverschlechterung auf sich nehmen.

Wie es gemacht wird! Dem Hamb. Fremdenblatt wird geschrieben: „Als bezeichnendes Beispiel für die heutige Art der Preisbestimmung möge folgende Tatsache dienen: Die Firma X. in der Altstadt hat, wie wohl alle übrigen derartigen Geschäfte, für ihre Waren Goldmarkpreise festgesetzt, die mit einem sich jeweils nach dem Stand des Dollars richtenden Multiplikator vervielfacht werden. Vor ungefähr 8 Tagen, als der Multiplikator 50 000 000 betrug, befand sich in der Fensterauslage der genannten Firma ein Oberhemd zum Grundpreis von 10 Mark, also 500 000 000 Papiermark. Vorgestern nun, als ich wieder an dem Geschäft vorüberging, sah ich, daß der Multiplikator, dem Sturz des Dollar gemäß, auf 40 000 000 herabgesetzt war. Das Oberhemd aber kostete nicht mehr 10 Mark Grundpreis, sondern 12,50 Mark! Das macht immer noch 500 Millionen Papiermark. Als ich gestern dasselbe Oberhemd nach dem Preis ansah, und der Teuerungsfaktor auf 30 000 000 gefallen war, kostete dasselbe Hemd dementsprechend 14 Mark Grundpreis! Ich füge als Kommentar hinzu, daß ich bezweifle, daß der Preis des Oberhemdes innerhalb 8 Tagen auf dem Weltmarkt um 40 Prozent gestiegen ist."

Die Ahnungslosen!

„Wenn man nach den Wirkungen der ersten Tage urteilen darf, dann hat sich die plötzliche Verhängung des Ausnahmezustandes als eine zweckmäßige Maßnahme erwiesen. Es ist beinahe, als wenn ein kräftiges Gewitter reinigend dazwischen gefahren wäre und die schreckhaften Spuk- und Nebelgebilde mit einem Schlage zerstreut hätte. Wieder einmal bewahrheitet sich der alte Erfahrungssatz, daß ein fester Entschluß und schnelle Ausführung mehr wert sind, als alle theoretischen Erwägungen, Ueberlegungen, Beratungen und sonstige schöne Sachen am grünen Tisch."

„Wohl der weitaus größte Teil des ganzen deutschen Volkes hat sich **verwundert die Augen gerieben**, als die Nachricht erst von der Einsetzung eines **Generalstaatskommissars in Bayern** und dann die Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich in das tägliche Leben hineinplatzte. Wie in den kritischen Augusttagen, so war auch diesmal wieder die Luft geschwängert mit allen möglichen Gerüchten und Befürchtungen. **Man sprach von geplanten Putschen**, bevorstehenden **Revolutionen**, und die **große Unklarheit und Ungewißheit aller Dinge** waren der beste Boden für Entstehung und Verbreitung der unsinnigsten Gerüchte."

„Daß im roten Sachsen der kommunistische Spuk zerflattern würde, sobald Ernst gemacht wird, durfte man von vornherein annehmen. Verwickelter liegen die Dinge in Bayern. Aber hier ist entgegen allen Ausstreuungen von links alles ruhig. Die Ausnahmeverordnung gab auch in München die Handhabe, nach Waffen zu fahnden. Wo fand man sie? Im Zeitungsgebäude der sozialdemokratischen „Post". Man fand 2 Maschinengewehre, 40 Infanteriegewehre, sowie Handgranaten! Ja, die bösen Bayern!"

*

Ganz anders, als sonst in Menschenköpfen, malt sich in diesem Kopf die Welt! Die Leuchte, die die skizzierte Mißgeburt erzeugte, sitzt in den „Lübeckischen Anzeigen", macht in „Politik" und bereitet sich vor, entweder einen freiwerdenden Platz in Strecknitz zu belegen oder sich als Stiefelputzer für Herrn Kahr zu bewerben. Man fragt sich, ist es möglich, daß solch hanebüchene Tollpatschigkeit normalen Menschen vorgesetzt werden darf? Wie Figura zeigt, leider ja! Der Geist Hitlers und Hofmeisters tropft aus dem zweifelhaften Henkeltöpfchen des Monarchistenblattes, das lange Zeit nicht wußte, wie es den Absatz drehen sollte. Nun in den verschiedensten Ecken Deutschlands stockreaktionäre Frühlingslüfte wehen, kommt man allmählich fuchsäugelnd aus dem Bau heraus. Die ungewohnte Helle betäubt die Sinne und erzeugt eine nicht zu überbietende Geistesverwirrung.

Eine Frage: Gibt es so einfältige Menschen oder stellen sie sich nur so? Sind die monarchistischen Treibereien der Hitler, Kahr, der deutschvölkischen und deutschnationalen Organisationen nur Nebelgebilde, die mit militaristischem Pomp auftretenden Kampforganisationen nur Schreck- und Spukgestalten? Beileibe nicht. Es ist alles harte Wirklichkeit, konsequentes Hinarbeiten auf den Umsturz, um alte Macht und Herrlichkeit auf den Thron zu heben und den dem Volke abgegaunerten Profit zu schützen. Ja, nun wittert man Frühlingsluft. Die freche Sprache des deutschnationalen Aufrufs, daß die **Stunde der nationalen Regierung mit starkem Willen da ist**, gab den verhutzelten „Lüb. Anz." den Mut zur Euphemistik, daß „ein fester Entschluß und schnelle Ausführung mehr wert sind als schöne Sachen am grünen Tisch." Und weil die ewigen deutschvölkischen Putschvorbereitungen noch kein Resultat zeitigten, baut man jetzt auf die Militärdiktatur und hofft, eines schönen Tages mit ihr Galopp reiten zu können. Daher auch das verwunderte Augenreiben und die teuflische Freude über den Waffenfund in der Münchener Post. Die „Lüb. Anz." verschweigen geflissentlich die Tatsache, daß Waffen in rechtsbolschewistischen Kreisen dutzende Male gefunden wurden und sie müssen auch wissen, daß eine ernsthafte Untersuchung in jenen Kreisen Resultate zeitigen würde, bei denen die Augen nicht nur wund gerieben, sondern wahrscheinlich geblendet würden. Diese Auffassung bestätigt ja auch der deutschnationale Aufruf. Oder glauben die „Lüb. Anz.", daß die „nationale" Regierung auf Grund ihres Phrasendrusches ans Ruder gelangen könnte? Die „Lüb. Anz." wissen auch ganz genau, daß die Waffen in der „Münchener Post" zur Sicherung gegen deutschvölkische Ueberfälle und zum Schutze der Republik dienten, während diejenigen in Händen der rechtsbolschewistischen und militaristischen Organisationen für die Füsilierung ehrlicher Republikaner versteckt und aufbewahrt werden. Das Theater wird aber nur gemacht, um die Welt von den verderblichen Treibereien in rechtsradikalen Zirkeln abzulenken. Wir verstehen die Freude und den Schmerz. Maschinengewehre und Panzerwagen gegen Sozialdemokraten standen ja schon im wilhelminischen Programm. Die Drohung mit blauen Bohnen war nicht einmal das letzte Mittel, mit dem man das Volk an der Kandare hielt. Und die „Lüb. Anz." fanden die von Gott eingesetzte obrigkeitliche Ordnung ganz am Platze. Sie stritten ja dafür und tun es heute noch. Schielen sehnsüchtig nach Bayern. Aber dort ist alles ruhig! Kahr geht ja nur gegen Sozialdemokraten vor. Und das findet man in der Königstraße als etwas Selbstverständliches.

Zur Belebung der Bautätigkeit.

Um für die erwerbslosen Bauhandwerker eine produktive Arbeitsgelegenheit zu schaffen, bereitet die Baubehörde im Einvernehmen mit der Finanzbehörde den Bau von 10 Wohnungen in der Siedlung Dornbreite vor. Mit den Bauarbeiten soll in kürzester Frist begonnen werden. Im Zusammenhang hiermit wird ein weiteres Bauprogramm bearbeitet, das fortlaufend den Bau weiterer Wohnungen für die nächsten Monate vorsieht, um dadurch der Erwerbslosigkeit und zugleich der Wohnungsnot zu steuern.

Die im Frühsommer in der Siedlung Gärtnergasse begonnenen 16 Wohnungen sind bereits bezogen, während die später in der Siedlung Karlshof ausgeführten 12 Wohnungen ebenfalls fertiggestellt sind. Die Bauarbeiten an den Reihenhäusern an der Hansastraße sind beendet, sodaß dort auch 18 Wohnungen bezugsfertig sind.

Alle Ausführungen sind nach den Entwürfen und unter Leitung des Hochbauamtes erfolgt.

Hofmeisters Sturmtruppe.

Der Generalstab der Lübecker Bürgergarde ist auf der Suche nach Soldaten. Mit den trutzigsten Gebärden wendet er sich gegen den „sozialdemokratischen Verein Republik" oder vielmehr nimmt diesen zum Vorwand, um ein deutschvölkisches Freischärlerkorps aufzustellen. Die Jungens allein genügen dem auf Staatskosten spazierengehenden Werber noch nicht, die Armee würde so auch zu grün ausschauen. Nun versucht man es mit einem allgemeinen Sammlungsbrei aller bürgerlichen Kreise, Sozialdemokraten und Kommunisten sind ausgeschlossen. Zum Schutze verfassungsmäßiger Grundlagen sind Deutschnationale und Völkische auch besser geeignet. Herr Hofmeister wird beim ersten Appell dann schon erklären, wann die Stunde zum Schutze der „verfassungsmäßigen Grundlagen" vorhanden ist. Dann braucht man keinen Umsturzversuch nach rechts mehr zu unternehmen, und kann sich „rückhaltlos und tatkräftig den staatlichen Organen zur Verfügung stellen." Ueber die Hintergedanken täuscht auch nicht die Versicherung, daß man für die bestehende Reichs- und Staatsverfassung eintrete. Das glauben wir trotz aller Beteuerungen nicht, eben weil sich im Generalstab Leute befinden, denen die heutige Staatsform ein Greuel ist. Der aus allen Parteien zusammengesetzte Heimschutz, für den in der Deutschen Volkspartei jetzt besondere Stimmung gemacht wird, genügt den Herren um Hofmeister und Fricke nicht mehr. Sie wollen eine eigene Garde aufstellen, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen — und werden trotzdem daneben hauen.

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.

Von Leon Frapie.

2. Fortsetzung.

So steht die Sache, stellen Sie sich vor, Herr Coton hat auf ein im Verwaltungsfach nötiges Examen, von dem seine ganze Kariere abhing, verzichtet, weil dreihundert Frank für Nachhilfestunden auszugeben waren und man deshalb mehrere Monate ein Mädchen hätte entbehren müssen. Herr Coton war im Zweifel, ob er beim ersten Male durchkäme; seine Frau wollte dieser Beraubung niemals zustimmen und darum wird ihr Mann, statt aufzusteigen, dreißig Jahre zu den Subalternen zählen . . . und würde Frau Coton nicht größeren Nutzen haben, wenn sie ihre Wirtschaft allein versorgte, als daß sie monatlich fünfzig Frank durch Stundengeben verdient? Ja, aber ohne Dienstmädchen gehört man nicht zu den besseren Leuten; merken Sie sich das, Kleine, das Bürgertum beginnt mit dem Besitz eines Dienstmädchens, und Ihre Herrschaften würden lieber Brotrinden essen, als das Befehlen lassen."

Gleichsam zum Abschluß verabfolgte die Obsthändlerin der Wagschale mit dem Löffel einen Stoß, der es erließ, das Gewicht genau zu vervollständigen. Sie gab den beiden Wirtschafterinnen, ohne Sulette fertig bedient zu haben. Diese wandte sich indes der Straße zu, um das sie faszinierende und verwirrende Pariser Leben zu besehen und zu belauschen: das verschiedenartig abgetönte Geroll der mit Lasten aller Art bepackten Wagen, die unterschiedlichst gekleideten Fußgänger, deren lebhafte Gesichter Gedanken und Leidenschaften verrieten, die belebten Fenster und die Läden mit den bezeichnenden Inschriften. Welcher Gegensatz zu dem schweigsamen Aeußeren der Landbewohner und ihrer verfallenen Häuser, zum Geräusch ihrer plumpen Karren!

Sulette begriff, daß sie trotz größtem Elend nie mehr zur Einfachheit der heimatlichen Scholle umkehren könne.

Als die beiden Wirtschafterinnen zur Tür hinaus waren, wechselte die Händlerin mit einer vorübergehenden jungen Person, welche einen auffälligen Hut trug und mit großer geröteter Hand die Schleppe ihres koketten Kleides aufhob, ein freundschaftliches Zeichen, dann, rief sie:

„Es ist ein Unglück, die Dienstmädchen können ihren Beruf nicht wechseln. Was soll ein Mädchen vom Lande in Paris anfangen, wenn es nicht dient?"

Sie langte Sulette ein Bündel Karotten herüber, und das cynische, hämische Gesicht strafte ihre Worte Lügen: im Gegenteil, es gab allerdings eine dem Mädchen vom Lande gebotene Hilfe, einen gewissermaßen obligatorischen Beruf für die mit ihrem Schicksal unzufriedenen Landmädchen.

Sulette ging lächelnd, ohne zu wissen warum, hinaus.

*

Seit diesem Morgen mühte sie sich mit dem Fleiß eines gehetzten Tieres ab; die feuchten Schuhe huschten von Zimmer zu Zimmer; da sie kein Recht zum Reden besaß, sah man sie schweigsam unter den verfolgenden Blicken ihrer fünf Gebieter rastlos sich bücken, erheben, Sachen herzutragen und wegschaffen. Alle Augenblicke rief man „Marie!", lief hinter ihr her. Frau Coton pries das System an: „Man muß diesen Mädchen immer auf dem Nacken bleiben, anderfalls wäre gar kein Nutzen aus ihnen zu ziehen!"

Krank davon, daß sie sich nicht in dem Kreise liebevoller Gesichter erholen konnte, nahm Sulette die Leidenschaft an, fremde Kinder, denen sie zufällig auf der Treppe begegnete, in ihre Arme zu schließen, und wahrhaftig, sie küßte auch den kleinen Friedrich auf die Backen, der ihr nach Herzenslust Faustschläge verabreichte. Bald wurde er mit Vorsatz bösartig. Hatte Sulette seine Aufmerksamkeit durch Liebkosungen erreicht, so bewirkte sie zu gleicher Zeit, daß er das barsche Wesen der Eltern gewahr wurde und sie nachzuahmen suchte. So hatte das Dienstmädchen, beim besten Willen, nur den Einfluß auf die Kinder, sie egoistisch und ungerecht zu machen.

Trotz ihrem Kummer kam Sulette mit dem Instinkt der verscheuchten Katze nicht mehr zur Gemüsehändlerin mit dem mütterlichen unflätigen Lachen; sie übertrug ihre Kundschaft dem großen Kolonialwarengeschäft des Quartiers.

Gleich das erstemal umdrängten sie die Kommis dienstbeflissen an der Straßenauslage: „Sie wünschen, mein Fräulein?" Während der eine ihr zulächelte, sie mit seinem Atem streifte, fast mit dem Schnurrbart berührte, bückte sich ein zweiter und belastete, scheinbar eine Etikette geraderichtend, ihre Taille, ein anderer verwunderte sich im Vorübergehen: „Ah, die hübsche Brünette!" Der sie bediente, ergriff beim Einhändigen der Note ihre Finger.

Die folgenden Male wurden ihre Galanterien noch kecker. Sulette erkannte die Unmöglichkeit, sich dieser zudringlichen Vertraulichkeit, die gleichsam als kaufmännischer Brauch gestattet war, zu erwehren; wird doch von den Verkäufern in erster Linie die Gabe beansprucht, die Dienstmädchen verführen zu können.

Und Sulette begann von Liebe zu träumen. Zu den schlimmsten Entbehrungen verurteilt, fragte sie sich besorgt, ob ihr das natürliche Glück auch wegen ihrer niedrigen Stellung versagt bliebe, und man ihr immer nur statt einer aufrichtigen Zuneigung den Trug des Lasters gewähren würde.

Bei den nur seltenen Veranlassungen, wo man sie allein mit Aufträgen fortschickte, sog sie jetzt förmlich den Himmel ein, küßte die Luft der Straße, berauschte sie an Phantasien und Vorstellungen: „Ach, ein natürliches Leben haben! Liebe! Fröhlichkeit! Güte! Sie frei entwickeln! schreien! singen! sein ganzes Wesen zeigen dürfen!"

Aber dann, welches Mißbehagen, festzustellen, daß alles falsch, erkünstelt in der grauen düsteren Wohnung ihrer Herrschaft war. Welcher Kummer, zu erkennen, daß alles in feindseliger Rücksicht auf die Fremde, das Dienstmädchen, gesagt und getan wurde, auf die Fremde, über die man herrschen, deren Kraft man gänzlich unter den günstigsten Bedingungen aufzehren mußte.

Die Herrschaft war unablässig des Mädchens wegen sehr vorsichtig; Herzensergüsse wären in Gegenwart dieses verdächtigen Zeugen lächerlich gewesen. Sie zeigten sich gegeneinander weder gefällig noch zuvorkommend; des Dekorums halber baten sie sich gegenseitig um keinen der kleinen, angenehm zu leistenden und zu empfangenden Dienste, sie riefen Marie her. Ein unaushelich fester Entschluß nötigte sie, nichts zu tun, eher die Daumen zu drehen, als nach dem Teller den Arm auszustrecken.

Sulette empörte sich gegen den Anblick, wie sie, wider jeden Augenschein, Befehle von oben herab in Millionärsposen gaben. Man hielt sie also für blödsinnig? Gab es etwas Erniedrigenderes, als die Verpflichtung, Respekt für die Wichtigkeit dieser kleinen Leute zu heucheln! Man mußte eine Verbeugung machen, wenn man sagte: „Die Schuhe des gnädigen Fräuleins sind wieder geflickt . . . Will der Herr Friedrich auf den Topf gehen?"

Wäre die Wäsche, welche Sulette abends, wenn sie zu Bett waren, wusch, nicht nachts am Ofen getrocknet, so hätte man morgens diese kleinen Herrschaften, die nicht einmal ein Paar Strümpfe zum Wechseln hatten, nicht aufstehen lassen können.

Auch Sulette nahm ein gezwungenes Wesen an: sie empfand die mürrische Aufsicht knickeriger Armut — daß die Gesichter ihr zuriefen, sie sei eine Feindin, ein schädlicher Parasit; ihre Bewegungen wurden übertrieben, ihr Schritt, Atem, ihre Blicke hastig, zuweilen mangelte es ihrem herbgewordenen Munde an Speichel für das so schwer erkämpfte „Brot fremder Leute."

*

Wochen verflossen. Das Ehepaar häufte seine immer schlimmer werdenden Schikanen wieder; Sulette hätte beim Waschen die brüchige Leinwand neu machen, das Gemüse in Butter dünsten mögen, statt es bloß in Wasser zu kochen.

(Fortsetzung folgt.)

Bürgerschaftsvorlagen.

Schulärztliche Versorgung der Gewerbeschule und der Handelslehranstalt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß Gesundheitsfürsorge für die Jugend nur dann wirklich Erfolg hat, wenn sie bereits als vorbeugende Fürsorge einsetzt. Diesem Zweck dient ganz besonders die schulärztliche Fürsorge, die rechtzeitig auf Gefahren, die der Gesundheit der Jugend drohen, aufmerksam macht und Maßnahmen zur Abwendung anregt. Die bisher geübte schulärztliche Fürsorge umfaßt mit Ausnahme der höheren Schulen nur das Alter der Schüler bis zum 14. Lebensjahre. Die erwerbstätige Jugend von 14 bis 18 Jahren entbehrt der ärztlichen Aufsicht, die den Schülern der höheren Schulen aus öffentlichen Mitteln zu Teil wird. Gerade dieses Alter aber ist der gesundheitlichen Schädigung (besonders durch die Tuberkulose) in starkem Maße ausgesetzt. Es ist nachgewiesen worden, daß gesundheitliche Schäden, die in diesem Alter nicht beachtet wurden, in späteren Jahren nur noch in seltenen Fällen auszuheilen sind. In den Pflichtfortbildungsschulen besteht die günstigste Gelegenheit, die erwerbstätige Jugend im Alter von 14—18 Jahren ärztlich zu erfassen. In der Pflichtfortbildungsschule für Mädchen ist der schulärztliche Dienst bereits seit ihrer Einrichtung mit Erfolg eingeführt, während die Gewerbeschule und die Handelslehranstalt zurzeit noch ohne ärztliche Versorgung sind. Die Leiter dieser Schulen vertreten unter Berufung auf die günstigen Erfahrungen der Mädchenfortbildungsschule und der auswärtigen Anstalten die Ansicht, daß gerade die Fortbildungsschulen eine schulärztliche Versorgung am meisten nötig haben. Das demnächst zu erwartende Tuberkulosefürsorgegesetz und das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten werden zu ihrer Durchführung der Mitwirkung der schulärztlichen Aufsicht in den Fortbildungsschulen dringend bedürfen.

Da eine Schularztstelle für die Mädchenfortbildungsschule schon besteht und eine bessere Ausnutzung bestehender Schularztstellen möglich ist, macht die Neuerung nur die Bereitstellung eines weiteren Schularztgehaltes notwendig.

Die Tatsache, daß ein großer Teil der Fortbildungsschüler bereits einer Kasse angehört, macht dieses Bedürfnis nicht etwa hinfällig. Die Zugehörigkeit zur Kasse wird die Ausführung ärztlicher Anregungen erleichtern, vermag aber keineswegs die vorbeugende schulärztliche Tätigkeit, die die Schäden im Entstehen aufdecken soll, zu ersetzen. Einem Antrage des Jugendamts folgend, stellt der Senat demnach einen diesbezügl. Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Miete für möblierte Zimmer.

170 Millionen Mark Mindestmiete im Monat.

Die am 1. Oktober 123 in Kraft tretende Mietesteigerung zieht unter Berücksichtigung der allgemeinen Teurung eine wesentliche Erhöhung der Preise für möblierte Zimmer nach sich. Zu der Erhöhung der Miete für leere Räume auf zwei Millionen Friedensmieten tritt zur Deckung der Abgaben im Durchschnitt ein Zuschlag von 700 000 Friedensmieten, sodaß der Friedensmietwert des untervermieteten leeren Raumes zur Erlangung des Grundbetrages für die Zuschläge mit 2 700 000 zu vervielfältigen ist. Beträgt also der Friedensmietwert des untervermieteten leeren Zimmers monatlich 7 Mk., 9 Mk., 12 Mk. oder 16 Mk., so ergeben sich der Reihenfolge nach folgende Grundbeträge:

	Mk. 18,9	Mk. 24,3	Mk. 32,4	Mk. 43,2 Mill.
Dazu:				
a) für Abnutzung d. Einrichtungsgegenstände 200 %	„ 37,8	„ 48,6	„ 64,8	„ 86,4 „
b) für Reinigung d. Zimmers 300, 300, 250 bezw. 200 %	„ 56,7	„ 72,9	„ 81,0	„ 86,4 „
c) für Abnutzung, Reinigung der Bettwäsche 300, 250, 200 bezw. 200 %	„ 56,7	„ 60,75	„ 64,8	„ 86,4 „
zusammen	Mk. 170,1	Mk. 206,55	Mk. 243,0	Mk. 302,4 Mill.

Von heute ab erhöhtes Porto!

Es kostet eine Postkarte im Ortsverkehr 400 000 Mk., im Fernverkehr 800 000 Mk., ein Brief im Ortsverkehr 800 000 Mk., im Fernverkehr 2 Millionen Mark, Drucksachen 400 000 Mk., Päckchen 4 Millionen Mark, Pakete in der ersten Zone bis 3 Kilogramm 4,5 Millionen Mark, in der zweiten und dritten Zone 9 Millionen Mark, Postanweisungen bis 50 Millionen 400 000 Mark, Zahlkarten bis 50 Millionen 100 000 Mark.

Lohnbewegung in der Seeschiffahrt.

Zwischen dem Zentralverein der Reeder und den im Aktionsausschuß zusammengeschlossenen seemännischen Verbänden fanden am 27. September Verhandlungen statt, die zu folgendem Ergebnis führten: An Stelle der halbmonatlichen tritt mit Wirkung vom 4. Oktober eine wöchentliche Festsetzung der Heuersätze. Jede Woche Dienstag werden von einer kleinen Kommission an Hand der Montags erschienenen Reichsindexziffer die Heuern neu vereinbart. Die Indexziffer wird um 30 Prozent verbessert. An Stelle der bisherigen halbmonatlichen Auszahlung der Ziehscheinbeträge tritt eine wöchentliche; ebenfalls werden die im Hafen verdienten Gelder wöchentlich zur Auszahlung gebracht. An die im Orte wohnenden Bezugsscheinberechtigten sollen Ziehscheinbeträge per Kassa ausgezahlt werden. Die Effektenversicherung wird für den Monat Oktober um das 31fache gegenüber dem September erhöht.

Reichswanderungsamt.

Die ständig steigenden Preise für sächliche Unkosten zwingen jetzt auch das Reichswanderungsamt zur Erhebung von Gebühren als Unkostenbeitrag. Die Gebühren werden nach dem jeweils für einen Inlands-Fernbrief zu 20 g geltenden Fernbriefporto berechnet. Nach § 2 der Gebührenverordnung des Reichswanderungsamtes ist vorbehaltlich spätere Aenderung für eine Auskunft je nach Lage des Falles eine Gebühr in Höhe des 2- bis 10fachen eines Fernbriefportos zu entrichten. Schriftlichen Anfragen ist außerdem noch ein Freiumschlag beizufügen, in dringenden Fällen und auf Wunsch wird die Gebühr gegen Nachnahme erhoben. Merkblätter werden nur gegen Bezahlung des jeweiligen Kaufpreises abgegeben. An nachweisbar mittellose und bedürftige Personen wird nach wie vor kostenlose Auskunft erteilt.

Das Reichswanderungsamt und seine Zweigstellen verfügen über eingehende Kenntnisse der Lebens-, Arbeits- und Niederlassungsverhältnisse für Deutsche im Ausland und der Reisemöglichkeiten dorthin sowie über ausgedehnte Beziehungen daselbst und erteilen die Beratung nur im Interesse der Fürsorge für Auswanderer.

Der Aufgabenkreis des Reichswanderungsamtes umfaßt besonders folgende Tätigkeitszweige: 1. Allgemeine Aufklärung über die Lage deutscher Auswanderer im Auslande. 2. Sachgemäße Beratung und Auskunfterteilung an Ein-, Rück- und Auswanderungswillige, insbesondere auch Beratung der Auswanderungswilligen in bezug auf die Auswahl ihres Ziellandes. 3. Bescheide über Reisemöglichkeiten für Auslandsdeutsche, Auswanderer und Rückwanderer von Deutschland nach dem Auslande und umgekehrt. 4. Nachforschungen nach Reichsdeutschen oder deutschstämmigen Personen im Auslande, nach deren zurückgelassenem Eigentum und nach Nachlaßgegenständen von solchen. 5. Vermittlung von Nachrichten zwischen Inlandsdeutschen und ihren Angehörigen im Auslande auf diplomatischem Wege. 6. Bekämpfung unlauterer Werbetätigkeit zur Auswanderung und Ueberwachung der Auskunfteien, Siedlungsgesellschaften und Siedlungsvereine. 7. Förderung der Fürsorge für Ein-, Rück- und Auswanderer dienenden Bestrebungen. 8. Fürsorge für bedürftige Auswanderer bis zur Ausreise.

Die Zweigstelle des Reichswanderungsamtes befindet sich in Hamburg, Catharinenstraße 33 I, die Geschäftsräume sind von 9 bis 5 Uhr, Sonnabends von 9—2 Uhr und Sonntags vormittags nach Vereinbarung geöffnet.

Die Lohnmeßzahl für die Reichsarbeiter wurde in unserer Notiz vom Sonnabend unrichtig angegeben. Es heißt dort, sie betragen für die laufende Woche 87,700 während es lauten sollte: **37,700.**

Personenstandsaufnahme. Am 10. Oktober 1923 findet eine Personenstandsaufnahme statt. Die Verteilung der Formulare begann heute Montag. Auf Grund dieser Ermittelungen werden auch die Steuerkarten für 1924 ausgestellt werden. Nähere öffentliche Bekanntmachung folgt.

Billige Materialien für Künstler. Von der Notgemeinschaft der Deutschen Kunst sind durch Vermittlung des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler verschiedene Materialien beschafft worden, wie Rohleinen, Rohfarben, fertige Tubenfarben, Japanpapier, Kupferdruckpapier, handgeriebene Oelfarben und Kupferplatten. Gemäß dem von der Notgemeinschaft angestrebten Ziel der Erhaltung des künstlerischen Könnens sollen diese Materalien besonders **befähigten jüngeren Künstlern zum fünften Teil des Tagespreises** zur Verfügung gestellt werden. Die Auswahl erfolgt durch die Vereinigungen der Künstlerschaft, während ein von der Notgemeinschaft eingesetztes Kuratorium Ankauf und Verteilung nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und Materialien überwacht. Anmeldungen auf die Materialien sind durch die künstlerischen Verbände bis zum 15. Oktober an das Kuratorium (Berlin NW. 40, Reichsministerium des Innern, Abteilung 3) zu richten.

Unaufhaltsam rast die Teurung weiter!

Entsetzliches Elend kommt über die notleidende Bevölkerung. Die bürgerlichen Parteien stehen Gewehr bei Fuß. Sehen lächelnd zu, wie die Not im Arbeiterhaushalt steigt. Nur die sozialdemokratische Partei hat positive Forderungen aufgestellt, wie man die Not abschwächen kann. Darum gehört jeder Arbeiter in die VSPD., die Partei der kämpfenden Proletarier.

Aufnahmen werden bei den Betriebsvertrauensleuten und im Parteisekretariat entgegengenommen.

Zeichnet für den Kampffonds!

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Beitragskassierer SPD.! Die Ortsgruppenkassierer werden ersucht, die Abrechnung für das 3. Quartal umgehend einzusenden. Ebenfalls müssen die Beitragskassierer für die Stadt und Vorstädte die Abrechnung für die verkauften Marken vornehmen. **Die alten Markenbestände müssen abgeliefert werden.**

H. Wolfradt.

Sozialdemokratischer Verein. 7. und 7a. Distrikt (Holstentor-Süd). Mittwoch, den 3. Oktober, abends 7 Uhr in der Schule Moislinger Allee (Ecke Meierstraße): Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Haut. Erscheinen Pflicht.

Jungsozialisten! Gen. Heidmann referiert heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus über „Dichtung und Revolution". St.

Stadttheater. Im Dienstag-Ab. erste Wiederholung der launigen Komödie: „Dyckerpotts Erben". Mittwoch zum erstenmal: „Der Marquis v. Keith" von Frank Wedekind.

Hansa-Theater. Die Direktion hat, so schreibt sie uns, mit der Aufführung der Operette „Der Gauklerkönig" einen guten Griff getan. Das Publikum kommt tatsächlich nicht aus dem Lachen heraus. Man muß Henry Vahl als Schmierendirektor Strudel gesehen haben.

Gewerkschaften.

Deutsche Arbeiter in Nordfrankreich. Das französische Unternehmerblatt „La Journee Industrielle" veröffentlicht in seiner Nummer vom 16. September einen Bericht über die an der Somme gemachten Versuche der Verwendung deutscher Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Es gibt in diesem Zusammenhang die durchaus günstigen Urteile der die die Arbeiten leitenden Architekten (ehemalige französische Offiziere) wieder. „Vom technischen Standpunkt aus leisten die Deutschen ausgezeichnete und schnelle Arbeit. Was die Beziehungen mit der Bevölkerung betrifft, kann gesagt werden, daß sich bis jetzt kein einziger Zwischenfall ereignet hat." Diese Ausführungen werden durch eine Erhebung des französischen Bauarbeiterverbandes bestätigt. Der Sekretär dieser Organisation sagt in einem im „Peuple" vom 18. September veröffentlichten Artikel u. a.: „Unsere Delegierten haben auf Grund von Aussagen der Einwohner in der Gegend von Grivillers und Courtemanche festgestellt, daß die deutschen Arbeiter zu keiner Klage Anlaß geben." Leider handelt es sich bei diesen Versuchen nur um eine kleine Anzahl Arbeiter. Bekanntlich hat der Minister für Wiederaufbau, als der französische Gewerkschaftsbund mit Hilfe des Verbandes sozialer Baubetriebe Deutschlands und im Einverständnis mit den deutschen Gewerkschaften sich seinerzeit anerbot, den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete mit Hilfe deutscher Arbeiter in die Hand zu nehmen, den Wünschen des nationalen Blocks und der Industriellen nachgegeben und die Zusammenarbeit abgelehnt. Ein Artikel des „Populaire" vom 15. v. Mts., „Ein neues Panama", setzt die Bestrebungen der deutschen Arbeiter und die Manöver der Unternehmer ins richtige Licht. Es wird darin gesagt, „daß die Gebiete Nord- und Ostfrankreichs zweimal verwüstet worden sind, einmal durch den schrecklichsten aller Kriege und die vier Jahre dauernde Besetzung und ein anderes Mal durch die Schmarotzer der Hochfinanz, die ohne Rücksicht auf die Finanzlage Frankreichs das Land schamlos plünderten". Das Blatt weist auf verschiedene skandalöse Fälle hin, so auf das Beispiel der Industriellen von Roubaix-Tourcoing, die für ihre Fabriken, die zum großen Teil vollständig intakt geblieben sind, vom Staat Hunderte von Millionen erhalten. „Die Gesellschaft von Fives-Lilles besitzt eine Fabrik in Fives-Lilles und eine andere in Givors. Ihr Kapital stellte sich im Jahre 1912 auf 12 Millionen, 1914 15 Millionen, 1919/20 31 Millionen. Dem Bericht eines Finanzblattes zufolge hat das Unternehmen 250 Millionen Schadenersatz verlangt, von denen 196 Millionen ausgezahlt worden sind." Weitere solcher Beispiele folgen. Der Artikel schließt mit dem Aufruf: „Welches Panama?"

Theater und Musik.

Stadttheater.

„Wiener Blut", Operette in 3 Akten. Die auf Straußsche Walzer-Melodien geschickt zurechtgeschnittene Operette hat etwas von Fledermaus-Stimmung: die leichtfertige und genußsüchtige Welt des weiland Wiener Kongresses wird lebendig, man amüsiert sich, flattert von Blume zu Blume, Parole: Morgen wieder lustig — und man ist im Grunde diesen liebenswürdigen Sündern und schönen Sünderinnen nicht böse — Phäakenland. Dazu die herrlichen Walzerklänge, deren Rythmen uns wie auf leichten Wölkchen in eine schönere und leichtere Welt hinüberlocken. . . . Verständlich, daß das Publikum sich diesem Zauber unbefangen hingab und, beifallsfreudig wie es war, nach Hansa-Theater-Manier Wiederholungen forderte.. — Jedenfalls war die Anerkennung wohl verdient: Herr Kapellmeister Weidlich leitete die Aufführung mit sicherer Aufmerksamkeit, mit der gleichen Sorgfalt hatte Herr Pokorny als Regisseur genarbeitet, der Darsteller wird immer mehr Liebling des lachlustigen Publikums (sein sächselnder Minister ist auch von bezwingender Komik). Herrn Kopps Laune hatte einen besonders guten Tag, seine frischen Darstellung stand die liebenswürdige Natürlichkeit von Fräulein Lisa Stuht nicht nach. Die Damen Bruhn und Storbeck, auch Herr Sterne gaben ihren Partien das erforderliche stimmliche Relief, ein gelegentliches Dominieren des Orchesters den Sängerinnen gegenüber wird wohl von diesen zu vermeiden sein. Herrn Sternes Darstellung zeigte launige Eleganz, ein viel belachtes Gegenstück gab der viel gewandte Herr Becker.

Die zahlreichen Besucher des Tanzabends von Valeska Gert am Freitag abend wurden nicht enttäuscht: eine moderne und sicher geschulte Tänzerin, die vor allem der grotesken Linie erfolgreich nachspürt — mit bezwingender Belebung des ganzen Körpers und mit überzeugender, tänzerischer und mimischer Ausdruckskraft. So waren einzelne Darbietungen mit geradezu raffinierter Ironie erfaßt und übertragen in höchstpersönliche, seltsam exzentrische, aber immer sinnvolle Geste; oft glaubte man, die einprägsamen grotesken Bilder von Grooz zu sehen.. — Das Publikum spendete sehr lebhaften Beifall. H.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten" zu beziehen.)

Selma Lagerlöf, **Märbacka, Jugenderinnerungen.** Verlag Albert Langen, München. Die bekannte schwedische Dichterin hat unter obigem Titel ihre Jugenderlebnisse niedergeschrieben. Einzelheiten und interessante Kleinigkeiten aus dem täglichen Leben frühester Tage. Selma Lagerlöf erzählt die in frühester Kindheit von der Großmutter gehörten Märchen. Und auch von ihr erfährt man die fördernde und eindrucksvolle Wirkung solcher volkstümlichen Erzählungskunst auf die kindliche Phantasie. Die geistige Entwicklung der Dichterin erleben wir sozusagen zwischen den Zeilen mit. Ihre Schilderungen des Lebens auf den schwedischen Gütern der 50er, 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts haben für uns neben dem gesellschaftswissenschaftlichen und kulturgeschichtlichen Interesse auch sozialen Einschlag. Darum wird auch dem sozialdemokratischen Leser die Lektüre zum Genuß. Vor allem aber ist das neue Werk ein Buch für die Jugend. wb.

Drei Männer und ein Strich.

Von Peter Scher.

Ort der Handlung: Trambahnwagen einer Vorortlinie.
Zeit: Nach der letzten Tariferhöhung — also gestern.

Im Wagen sieht man zunächst niemand. Bei schärferem Hinsehen ist ein anscheinend männliches Wesen zu erkennen, das scheu in die Ecke gedrückt sitzt.

Vorn auf der Plattform steht der stattliche Führer. Gott mag wissen, wie er es anfängt, sich in dieser Zeit, so stattlich zu erhalten. Der Gedankenstrich im Wagen weiß es jedenfalls nicht und stiert beklommen nach ihm hin.

Hinten auf der Plattform steht der stattliche Schaffner und gibt das Abfahrtssignal. Bestürzt blickt der dünne Mensch im Wagen auch nach dieser Stattlichkeit.

Wie machen sie es nur?

Indessen ist sie hier — wenn auch unbegreiflich — so doch offenbar die Folge einer dienstlichen Vorschrift.

Denn wie sollte ein schwächlicher Schaffner die ungeheuren Papiermengen entgegennehmen können, die der Fahrgast zuweilen für ein Billett abliefert? Gibt es doch Fahrgäste, die immer noch in der guten alten Zeit leben, da man Kleinigkeiten mit Hunderttausenmarkscheinen bezahlte.

Alles ich so begreiflich.

Unbegreiflich bleibt allein, daß der dünne Fahrgast imstande gewesen ist, die Last des Betrages für sein Billett zu tragen.

Das Problem scheint ihn denn auch angestrengt zu beschäftigen, denn sein Kopf mit den müden Augen sinkt allmählich ganz auf seine Brust herunter.

Der Wagen saust dahin.

Päng päng! läutet der stattliche Schaffner.

Der stattliche Führer pfeift und flucht sich eins.

Da — an der letzten Haltestelle vor der Endstation — steigt einer auf . . . fürwahr, steigt einer auf.

Aber es erweist sich gleich, daß es kein Fahrgast ist.

Sondern ein Kontrolleur.

Ein stattlicher Kontrolleur — ich lüge nicht.

Gott mag wissen und so weiter, aber es ist so, wie es ist.

Der stattliche Schaffner und der stattliche Kontrolleur versammeln sich im Halbkreis um den dünnen Fahrgast, der man noch durch ein scharfes Glas erkennbar ist — so versunken klebt er in der Ecke.

„Den Fahrschein, bitte!"

Der Fahrschein ist in Ordnung. Nur beim Fahrgast stimmt eine Kleinigkeit nicht.

Er ist tot.

Der unerwartete Eindruck dreier stattlicher Beamten auf einmal hat seinem zarten Dasein ein jähes Ende gesetzt.

Requieseat in pace.

(Frankf. Ztg.)